

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs geschnittene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion, an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 74.

Danzig, den 10. September 1913.

4. Jahrgang.

Wirtschaftspolitische Widersinnigkeiten.

Der Jahresbericht der Handelskammer Stuttgart für 1912, der jedoch im Druck erschienen, liefert reiches Material zum Beweis für die Widersinnigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im allgemeinen, wie insbesondere der „bewährten“ Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches. Er bestätigt, daß das Jahr 1912 zweifellos ein Jahr der Hochkonjunktur war. Die Erwartungen der Industrie- und Handelsherren wurden „nicht unerheblich übertroffen“. Und zwar wurde dies Ergebnis erzielt, obgleich die Stetigkeit der Aufwärtsbewegung nur während der ersten neun Monate anhielt. Mit dem Ausbruch des Balkankrieges und der darauf folgenden politischen Unsicherheit in Europa machten sich in fast allen Industriezweigen Störungen bemerkbar, die namentlich den Absatz nach dem Südosten Europas unterbrachen oder doch bedeutend einschränkten. Auch andere Hemmnisse der Aufwärtsbewegung waren zu verzeichnen. Bereits im Jahre 1911 hatten sich die Anzeichen dafür gemehrt, daß die Kapitalbildung mit dem Kapitalbedarf nicht gleichen Schritt zu halten vermochte. Die Ansprüche an den Geldmarkt wurden immer dringender. „Ein wahres Wettrennen um die Beschaffung neuer Mittel setzte ein.“ Dazu kam, daß die Steigerung der Roh- und Hilfsstoffpreise sich im Berichtsjahr verstärkt fortsetzte. Verschiedenen Branchen sei es gelungen, auch den allgemeinen Preisstand der Fertigfabrikate zu heben (wie schön ausgedrückt!), ohne Absatz- und Aufnahmefähigkeit ihrer Abnehmer zu beeinträchtigen, allein diese Preissteigerungen hätten meistens nicht im „angemessenen Verhältnis“ zu den wesentlichen Erhöhungen der Produktionskosten gestanden. In den Einzelberichten der einzelnen Industrien kehrt die Bemerkung des öfteren wieder, daß der Geschäftsgang zwar ein recht guter gewesen sei, so daß die Aufträge trotz häufiger Zuhilfenahme von Ueberstunden kaum hätten erfüllt werden können, daß aber der „Nutzen“ dem großen Umsatz nicht voll entsprochen habe. Im ganzen aber bestätigt der Bericht doch, daß das Jahr 1912 ein sehr fettes Jahr für das Unternehmertum war. „Inmerhin könne“, so heißt es wörtlich, „Industrie und Handel angesichts der vielen und schweren Hindernisse mit berechtigtem Stolz auf die in den vorstehenden Ziffern (der Ein- und Ausfuhr) zum Ausdruck kommenden außerordentlichen Arbeitsleistung zurückblicken.“ Das deutsche Wirtschaftsleben gehe aus den Belastungsproben dieses gefährvollen Hochkonjunkturjahres „mit erneutem Kraftbewußtsein“ hervor.

Wenn die offizielle Vertretung des Unternehmertums in diesen Tönen spricht, dann läßt das Stimmchen des erzielten Mehrwerts sicher nichts zu wünschen übrig. Und nun vergleiche man die Rehrseite der Medaille. Was ist den Arbeitern vom Ertrag der außerordentlichen Arbeitsleistung, die doch von ihnen vollbracht wurde, verblieben? Eine Reihe von Einzelberichten spricht zwar von Lohnerhöhungen, die infolge der anhaltenden Lebensmittelerhöhung gewährt werden „mussten“, die Arbeiterschaft hat indessen davon wenig verspürt. Zu einem großen Teil blieb sie völlig unberührt davon, soweit sie Lohnaufbesserungen erzwang, reichten diese kaum aus zum Ausgleich der in der Lebenshaltung eingetretenen Verteuerung. Am Schluß dieses reichen Erntejahres waren die Löhne derer, die den Acker bestellt und die Ernte hereingebracht hatten, so leer wie am Anfang. Dafür liefert der Bericht, der mit Stolz auf „die reiche Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens“ zurückblickt, selbst die beste Bestätigung. Es heißt da: „Endlich bildete die zunehmende Verteuerung der Lebensmittelpreise ein in seiner mittelbaren und unmittelbaren Wirkung auf das ganze Wirtschaftsleben nicht zu unterschätzendes Hindernis für lohnende Beschäftigung und steigende Prosperität. Erfahrungsgemäß setzt sich nämlich für Industrie und Handel verteuerte Lebenshaltung zunächst schon in erhöhten Lohnforderungen und damit in eine mehr oder minder allgemeine Erhöhung der Produktionskosten um. Daneben aber werden auch große und wichtige Industriezweige durch nachteilige Verschiebungen in den Absatzverhältnissen und durch eine Verminderung ihrer Umsätze direkt betroffen. Je mehr für die Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes aufgewendet werden muß, um so enger sind die Grenzen der Ausgaben für entbehrliche Gegenstände. Der Bedarf an Kleidern, Schuhwerk, Möbeln usw. wird in Zeiten der Lebensmittelerhöhung von den minderbemittelten Kreisen aufs Notwendigste beschränkt, oder aber das große Publikum greift zu geringerer Qualität. Diese unerfreulichen Begleiterscheinungen bleiben auch im Berichtsjahre einer größeren Anzahl von Industrie- und Handelszweigen nicht erspart, als namentlich durch die ungewöhnliche Steigerung der Fleischpreise die Ernährung der breiten Massen eine wesentliche Verschlechterung erfährt.“

Und das im Jahre der Hochkonjunktur, der Ueberbeschäftigung vieler großer Unternehmungen, in dem Jahr, in dem der Profitbeutel des Kapitals zum Klagen stoff gefüllt wurde!

Eine Reihe von Tatsachen, die für die wesentliche Verschlechterung der Ernährung der breiten Massen sprechen, sind dem Bericht eingefügt. In der allgemeinen Uebersicht heißt es: „Weniger be-

riedigend als im Vorjahr war die Fleischversorgung der Bevölkerung infolge des Rückganges der Schlachtungen und erheblicher weiterer Steigerung der Fleischpreise.“

Es ist doch eine herrliche Ordnung, in welcher mit dem ins Riesenhafte wachsenden Profit des Kapitals die zunehmende Entbehrung der Erzeuger aller Werte einhergeht.

Zugleich wird der Bericht interessante Schlaglichter auf die vortreffliche deutsche Zollpolitik, die andere Staaten zu Gegenmaßregeln in Form von Kampfzöllen aufreizt. Einige Beispiele nur: Chemische Industrie: „Die Klagen über die unüberwindlichen Zollschranken Oesterreichs und Rußlands kehren wieder und hierzu kommen Beschwerden über neuere Prohibitivzölle einiger überseeischer Länder.“ Schwierig, ja fast unmöglich wurde infolge des hohen Prohibitivzölles der Absatz für Anstrichfarben auf dem australischen Markt.“ Industrie der Steine und Erden: „Der Absatz der Zementindustrie leidet außerordentlich unter den hohen Einfuhrzöllen Oesterreichs und der Schweiz.“ Industrie feiner Holzwaren: „Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten verschlechterte sich unter der nachteiligen Wirkung des übermäßig hohen Wertzölles. Das Geschäft nach der Schweiz ist der hohen Einfuhrzölle wegen fast aufgegeben.“ Die Pianofortefabrikation fordert nachdrücklich, „daß beim Abschluß neuer Handelsverträge mehr als bisher ihre Interessen vertretet und ihr eine größere Bewegungsfreiheit im Ausland gesichert werde.“ Im Orgelebau ist der Geschäftsverkehr nach Ländern mit ungewöhnlich hohen Zolllasten wie Spanien und den Vereinigten Staaten sehr erschwert. „Das Auslandsgeschäft in den Fabrikaten der Wollindustrie ist durch die hohen Zölle der Hauptabfahrländer erheblich erschwert und wenig ausdehnungsfähig.“ Konfektionsindustrie: Die Absatzschwierigkeiten sind um so fühlbarer, als auch die Ausfuhr durch die ungünstigen Handelsverträge gehemmt wird.“ Maschinenfabrikation: „Nach wie vor tritt die durch hohe Zölle vor Konkurrenz geschützte Industrie der Vereinigten Staaten nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch in Deutschland selbst als scharfe Wettbewerberin auf.“ Eisenkonstruktion: „Das Auslandsgeschäft ist durch die hohen Zölle der in Betracht kommenden Abfahrländer beeinträchtigt und bewegt sich dementsprechend in mäßigen Grenzen.“ Kassenschranke: „Eine Reihe von Ländern kommt wegen der Ungunst der Handelsverträge, über die schon wiederholt in der Branche geklagt wurde, für die Ausfuhr überhaupt nicht mehr in Betracht.“

Die Aeußerungen dieses Inhalts könnten noch beträchtlich vermehrt werden. Die Proben dürften indes genügen, um zu zeigen, wohin die „bewährte“ Wirtschaftspolitik führt. Angeblich sollte die einheimische Industrie durch die deutsche Zollpolitik geschützt werden. In Wahrheit ist durch sie das Ausland zur Absperrung seiner Grenzen gegen die deutschen Industrieerzeugnisse veranlaßt worden, es hat seine eigene Industrie gepflegt und gestärkt, und die Folgen bekommt nun die deutsche Industrie zu spüren. Bei den kommenden Kämpfen wegen Erneuerung der Handelsverträge werden diese Wirkungen näher zu prüfen sein. Dann gewinnen diese Materialien der Handelskammerberichte an Wert, die beweisen, daß die deutsche Zoll- und Wirtschaftslegislation nicht minder widersinnig ist wie die ganze privatkapitalistische Wirtschaftsordnung.

Herr Schümmer und die Wahrheit.

Wofür sind die Krankenkassen da? Sie denken doch sicher: Für die Kranken! Ja, das denken Sie sich! Die Sozialdemokraten denken darüber anders: Erst kommen wir und dann die Kranken!

Zentrumssekretär Schümmer in einer Versammlung im St. Jolephshause.

Das ist die wörtliche Aeußerung eines Mannes, der nicht etwa gestern oder heute aus einem weltberühmten Priesterseminar hervorgeht, sondern der seit Jahren fortgesetzt mit der Sozialdemokratie in Berührung kam. Freilich, Herr Schümmer stand sich nie mit der Wahrheit an und das mag ihn zum Teil entschuldigen. Aber auch nur zum Teil. Denn selbst im bürgerlichen Lager beschränkten sich die schlimmsten Arbeiterfeinde darauf, von der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen zu reden. Die anständigen Elemente haben unzählige Male den Pflichterifer und die strenge Sachlichkeit der in den Krankenkassen tätigen Sozialdemokraten öffentlich anerkannt. Ja, selbst die königliche Zeitung schrieb am 21. November 1907, als eine Reform des Krankenkassenwesens erörtert wurde, wörtlich folgendes:

„Eine Reform, die für die Versicherten keine Vorteile bringen und sich darauf beschränken würde, die politischen Auswüchse in der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen zu bekämpfen, würde weder die Bezeichnung Reform verdienen, noch auf Annahme im Reichstage rechnen können. Sie würde auch der inneren Berechtigung entbehren, denn die Zahl der Ortskrankenkassen, in denen der Einfluß der Sozialdemokratie in unzutraglicher Weise herorgetreten ist, und wo Reibungen zwischen den Versicherten einerseits und den Arbeitgebern oder Aufsichtsbehörden andererseits hervorgetreten sind, ist verhältnismäßig nicht groß. Mit Recht können die Ortskrankenkassen, mit denen Arbeitgeber und Versicherte zufrieden sind und wo sich Unzutraglichkeiten nicht bemerkbar gemacht haben, den Anspruch erheben, daß sie auch weiter erhalten bleiben und nicht der Reform zum Opfer gebracht werden.“

Und der bekannte Kenner der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, Professor Stier-Somlo in Bonn, sagte auf einer Tagung der rheinisch-westfälischen Gemeinden im Mai 1910:

„Ich stehe der Sozialdemokratie fern, muß aber auf Grund meiner weitreichenden Erfahrungen sagen, daß die von den sozialdemokratischen Arbeitern geleiteten Krankenkassen die besten sind, was um so mehr bedeute, als die Arbeiter doch selbst die infolge der hohen Leistung höheren Beiträge aufzubringen hätten.“

Läge uns darauf, wir könnten viele Duzend ähnlicher Urteile anführen. Aber was würde das bei Herrn Schümmer fruchten? Und seiner Schäflein ist er ja sicher. Die grasen im Schatten der Kirchenmauer und die Neffeln und Disteln des Herrn Schümmer und seiner Kollegen dünnen ihnen köstliches Futter. Jedoch, wer da läßt, muß Prügel haben! Wenn nicht körperliche, so doch geistige. Herr Schümmer, merken Sie auf! Jetzt geht's um Zentrumskrankener-Zerkung: Am 2. November 1905 berichtete die Dortmunder Arbeiter-Zeitung:

Nachen. Herr Franz Paulsen, Brauereidirektor und Zentrums-Stadtvorordneter, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Krankenkasse der freien Arbeiter ein Rundschreiben an die Mitglieder der Innung erlassen, worin er diese auffordert, die geistliche Entwicklung der Kasse besser zu unterstützen. Es heißt da:

„Es werden allzu leicht Krankenschelme verabsolgt, was zur Folge hat, daß die Rechnungen der Ärzte, Apotheker und Krankengänger und die Auszahlung von Krankengeldern ganz enorm in die Höhe gehen und die Einnahmen übersteigen. Wir bitten Sie deshalb recht dringlich, für die Folge vorzüglich zu prüfen, ob Krankenschelme zu geben sind oder nicht. Auch bitten wir Sie, bei Anstellung von Dienstpessoal weder gebrechliche noch alte Leute anstellen zu wollen, da gerade diese die Hauptzahl unserer Kranken stellen. Aus den Listen haben wir gesehen, daß vielfach diese Leute nach kurzer Beschäftigung krank geworden sind und andauernd hohe Krankengelder bezogen haben.“

Das ist Zentrumsfreundlichkeit! Das ist christliche Nächstenliebe, wie sie von berufenen Vertretern der frommen Partei geübt wird! — Die Saarwacht berichtete am 17. August 1907 von einem ähnlichen Fall aus Trier. Dort wurde folgendes Zirkular verfaßt:

Baugewerks-Innung.

Trier, 25. August 1905.

Vertraulich.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat der Herr Regierungspräsident mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse der diesjährigen Krankenkasse verfügt, daß entweder der Kasseneintrag um 10 Prozent erhöht oder die Leistungen herabgesetzt werden müssen. Bei Beratung des Vorstandes der Kasse und der Anhörung der Herren Kassenzuräte ist festgestellt worden, daß eine ganze Reihe von Arbeitern die Kasse seit Jahren fortgesetzt in Anspruch nimmt. Diese sehen sich zum Teil aus kränklichen, invaliden Leuten oder aus Drückebergern zusammen.

Nebenstehend erhalten Sie ein von der gestrigen Innungsverammlung durchgenommenes Verzeichnis von solchen Leuten, mit dem höflichen Erlauchen, künftighin unter keinen Umständen mehr einen der bezeichneten Arbeiter in Ihrem Betriebe einzustellen. Sollte einer derselben bei Ihnen beschäftigt sein, so wollen Sie ihn bei der nächsten Lohnzahlung entlassen, zumal eine Mangel an ordentlichen Arbeitskräften in diesem Jahre nicht vorhanden ist.

Es muß unbedingt darauf gehalten werden, daß ein einziges diesbezügliches Vorgehen stattfindet, weil die Kasse trotz der geringen Bautätigkeit bereits größere Leistungen an Krankengeld usw. in diesem Jahre, als in den verfloffenen Jahren zu verzeichnen hat.

Die Kasse wird eben von gewissen Arbeitern mit Absicht ausgenutzt, worunter die ordentlichen Arbeiter zu leiden haben. Der Krankenkassenvorstand wird Ihnen demnächst besondere Mitteilung wegen der Ausstellung von Krankenscheinen usw. zugehen lassen.

Hochachtend
(Name unleserlich) Obermeister.

Eine schwarze Liste mit 41 Namen war diesem Zirkular beigelegt. Die Saarwacht konnte feststellen, daß von den Gedächtnis inzwischen sechs an der Lungenwindstucht gestorben waren! Ei, Herr Schümmer, wir dachten doch, die Krankenkassen wären für die Kranken da?

In der Alteneffener Ortskrankenkasse herrscht das Zentrum unumhändert. Obwohl die Vertreter der Unternehmer als die der Arbeiter sind wackere Zentrumskleute. Die Unternehmervertreter wählen nun, wie der Bornmärts vom 20. Dezember 1911 mitteilte, in der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung in den Vorstand einen Apothekenbesitzer Wallheer aus Alteneffen, der schon lange mit der Kasse in Geschäftsverbindung steht, die er natürlich aufrecht erhält. Ist es nun schon ein sehr bedenklicher Zustand, daß ein Lieferant einer öffentlichen Institution zugleich sein eigener Auftraggeber ist — bei den Kommunen ist das bekanntlich durch Gesetz ausgeschlossen —, so wird diese Tatsache noch bezeichnender dadurch, daß der Apothekenbesitzer 1910 sich bereit erklärte, die Kasse 1500 Mark Schadenertrag zu zahlen und zugleich eine Erklärung abzugeben, in der er bekennt, wiederholt statt der verordneten Originalpräparate wesentlich billigere Ersatzmittel verwendet zu haben, statt destillierten Wassers Leitungswasser verwendet, statt Olivensöl billigeres Sejamöl vermischt zu haben usw., natürlich alles unter Anrechnung der höheren Preise. Als die Beschlüsse ruckbar wurde, traten Apothekerverein und Apothekerkammer für den Mann ein. Ein Strafverfahren endete mit Freisprechung.

Und diesen Herrn wählten jetzt die „Christen“ als geeignetes Vorstandsmittelglied der von ihm über den Löffel barbieren Krankenkasse. Man begreift, daß die Zentrumsmänner solche Zustände mit dem Gescheh über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen verhillen müssen.

Am 29. September 1912 wurde in Köln eine Neugründung auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens vollzogen. Mit dem ausgesprochenen Zweck, einen Keil in den Zentralverband der Ortskrankenkassen Deutschlands zu treiben, haben sich Zentrumskleute, Vertreter der konfessionellen Gewerkschaften und Arbeitervereine, Antisemiten, Gelbe, Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, nationalliberale Parteigrößen und Vertreter von Unternehmern-

Deutschland.

Winterarbeit für den Reichstag.

Ueber die Aufgaben, die dem Reichstag für nächsten Winter bevorstehen, hat die Parlamentarische Korrespondenz eine Aufstellung gemacht. Danach würde sich der Reichstag zu beschäftigen haben mit der Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, mit einem Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes, mit der Einschränkung des Hausierhandels und mit der Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht. Ferner liegt die Neuregelung der Konzessionen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, sowie ein Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens gegen Reichsbeamte. In Vorbereitung sollen sich befinden ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und dem britischen Reich, ein Luftrechtsgesetz, ein Reichstheatergesetz, eine Vorlage über das Waffengesetz, eine Novelle zum Kartellgesetz und eine Neubearbeitung des Abschnitts der Gewerbeordnung über das Handwerk, ein Gesetzentwurf über Aufbesserung der Altersrenten, ein Gesetz über die Konzessionen der Buchmacher, ein Gesetz über die Haftpflicht der Eisenbahn, eine Abänderung des Wechselrechts und ein Entwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwälte. Neben diesen hier aufgezählten Arbeiten kommt natürlich der Etat in Frage, der dem Parlament einen guten Teil seiner Arbeitszeit wegnimmt. Für Initiativanträge und für die Wünsche und Forderungen aus dem Volk bleibt da wieder herzlich wenig übrig.

Eine lahme Verteidigung Ostpreußens.

Die Berliner politischen Nachrichten, die aus der Regierungsküche gespeiste Korrespondenz Schweinburgs, fühlt sich verpflichtet, die vier agrarischen Provinzen: Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie volkswirtschaftlich und steuerlich für das Staatsganze wenig leisten, aber vom Staate außerordentlich mit Zuwendungen bedacht werden. Die genannte Korrespondenz schreibt:

„Wenn es auch zutrifft, daß die vier Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen Staatszuschüsse erhalten, die weit höher sind als der Ertrag der Einkommensteuer, und wenn es fernerhin zutrifft, daß dieselben Provinzen außerordentlich hohe Staatszuschüsse zu den Volksschulskosten erhalten, während dies in den industriellen Landes teilen nicht der Fall ist, diese vielmehr durch die Volksschulkosten außerordentlich belastet werden, so ist doch damit für den Nachweis einer wirtschaftlichen Minderwertigkeit und gleichzeitigen Bevorzugung der genannten Provinzen bei der Verteilung der öffentlichen Lasten abjektiv nichts bewiesen. Selbstverständlich ist das Steueraufkommen im agrarischen Osten, entsprechend der sehr viel geringeren Bevölkerungszahl der östlichen Provinzen, kleiner als im Westen. Aber es darf dabei nicht vergessen werden, daß derselbe agrarische Osten im Gesamthaushalt der nationalen Wirtschaft und im Gesamtbereich des staatlichen Lebens Leistungen aufzuweisen hat, die seine geringere Steuerleistungsfähigkeit zweifellos reichlich aufwiegen. Die östlichen Provinzen haben Jahr für Jahr dem industriellen Westen Arbeitskräfte in großer Zahl zugeführt und haben dadurch zu der glänzenden Entfaltung industriewirtschaftlichen Lebens in den Industriegebieten des preussischen Staates an ihrem Teile und in sehr erheblichem Maße mitgeholfen. Dazu kommt, daß die sogenannten agrarischen Provinzen zweifellos den Hauptanteil der physischen Lasten des Heeresdienstes zu tragen haben.“

Diese Verteidigung ist in keiner Weise stichhaltig. Man wird es doch nicht als Verdienst der Agrarier ansprechen können, wenn sie ihre Landarbeiter so schlecht behandeln, daß die Landflucht aus Ostpreußen epidemisch geworden ist. Ebenso wenig kann sich Ostpreußen rühmen, den Hauptanteil zu den Lasten des Heeresdienstes zu stellen, denn der schwache Osten, der wegen der schwachen Bevölkerung in seinem Einkommensteuerverhältnis weit hinter anderen Provinzen zurücksteht, wird doch nicht auf einmal stark bevölkert, wenn es sich um die Lieferung von Rekruten handelt. Es bleibt schon dabei, daß die Agrarier wohl für den Staat nichts leisten, aber unberechtigterweise den Staatshaushalt anlasten in Anspruch nehmen.

„Seine Majestät der König Dom Manuel.“

Zu Stigmaringen, der Hauptstadt des Fürstentums Hohenzollern, wurde die Hochzeit einer Tochter des Landesherren mit dem jungen Manne gefeiert, der bis vor einiger Zeit König von Portugal gewesen ist. Die Revolution hat ihn seines Thrones beraubt, und seit dieser Zeit suchte er Vergehen in den Armen schöner Frauen. Diese Taten haben aber nicht gehindert, daß der hohen, österreichische Schwiegermutter ein Hoch auf „Seine Majestät den König Dom Manuel“ ausbrachte. Und der Fürst von Maria Einkehl wünschte in seiner Freude dem Bräutigam nebst der Braut viel Glück „zum Heile der ganzen königlichen Familie, zum Heile ihres teuren Landes, des schönen Portugal“.

Soviel uns bekannt ist, hat auch Deutschland die Republik Portugal anerkannt. Soviel sollte doch auch ein Fürst wissen. Deshalb bedeutet es eine Beleidigung eines fremden Staates, wenn man diesen beschäftigungslosen jungen Mann immer noch als „Majestät“ und „König“ anspricht.

Einschränkung der Adelsproduktion. Durch Verfügung des Königs von Württemberg ist bestimmt worden, daß der sogenannte Personaladel, der mit der Verleihung einiger württembergischer Orden bisher verbunden war, künftighin weggelassen soll. Nach dem Berliner Lokalanzeiger ist diese Verordnung, die alten adelsherrlichen Strebern schwere Enttäuschung bereiten wird, dadurch veranlaßt worden, daß die Zahl der mit dem Personaladel ausgezeichneten Beamten und Offiziere allmählich „sehr hoch“ geworden war und die übrigen deutschen Bundesstaaten mit Ausnahme Bayerns eine derartige Namensveränderung nicht kennen. Die württembergische Regierung war wiederholt im Landtage um Beseitigung dieses alten Japses angegangen worden, hat: sich aber bis jetzt zurückhaltend in dieser Frage gezeigt und noch im Januar dieses Jahres eine zustimmende Antwort versagt.

Schwere Manöver-Anfälle. Bei den Kaisermanövern, die vom 5. und 6. Armee-Korps gegenwärtig in den schlesischen Kreisen Schweidnitz, Waldenburg und Liegnitz abgehalten werden, sind in sechs Tagen insgesamt sechs tödlich verlaufene Fälle an Mischschlag vorgekommen. Ferner wurden durch Sturz mit dem Berde zwei Artilleristen so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Von den Unfällen betroffen wurde namentlich das 46. Infanterieregiment und das 5. Artillerieregiment.

Weniger Brot — mehr Kupfer! Die Zahl der Arbeitslosen schwilt unheimlich an, aber die Kriegsmaterialindustrie blüht! Die deutsche Gussstahlfabrik A. G. in Schweinfurt ist schon seit längerer Zeit infolge der allgemeinen Wirtskrisis mit Aufträgen überhäuft. Um dem Begeh nach Zerstörungsmaterial genügen zu können, richtete man für den Betrieb die Nachschicht ein. Das genügt nicht. Das Aktienkapital wurde erhöht, und beträchtliche Neubauten erstanden. Nun berichtet die Verwaltung, der Bestand

vorsteher von Wolframshausen hatte schon in der Verhandlung vom 27. Juni die Ansicht des Kriegsgerichts, als ob die Angeklagten auffällige, gewalttätige Menschen seien, als irrig zurückgewiesen, indem er wörtlich sagte: Nein, meine Herren, so schlimm ist das denn doch nicht. Die Leute sind alle lobenswerte, gutmütige Charaktere, und ihre unüberlegten Taten müssen nur auf die Wirkung des Alkohols zurückgeführt werden. — Auf Befragen erklärte der Zeuge, er müsse diese aufrichtlichen, und er betonte noch einmal, daß die Angeklagten nüchternen Menschen seien, die sich niemals ungebührlich betragen hätten; er könne durchaus nichts Nachteiliges über sie ausfallen. Kolbe sei Mitglied eines Kriegervereins und Hagemann habe sich sieben Jahre als Mitglied der freiwilligen Feuerwehr in der Gemarkung betätigt und auch sonst stets seine Schuldigkeit getan. Die Angeklagten seien alle gutmütig und nur in der Trunkenheit leicht erregbar. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Barnau-Berlin, stellte zu Beginn des zweiten Verhandlungstages den Antrag auf Abhaltung eines Lokaltages, da z. B. Kolbe weniger am Krawall beteiligt gewesen sei, als die Anklage annehme.

Drei Zeugen, Schulze, Schilling und Fischer, bekundeten übereinstimmend, die Angeklagten hätten sich nicht widerlegt. Aber der Polizist und der Gendarm seien den Leuten noch vor dem Hause mit blanken Säbeln nachgelaufen und hätten dreingeschlagen. Der Vater des Angeklagten Georges sagte, daß ihm einige Tage nach dem Vorfall der Polizist Müller mitteilte, die Kolbe müssten etwas im Bier gehabt haben, sonst hätten sie nicht so betrunken gewesen sein können. Aber auch der betreffende Gastwirt bestätigt, daß ungewöhnlich viel Bier getrunken worden sei. Seine Mutter habe die angelegliche Belästigung als Spaß aufgefaßt. Ueber das Bußgeld sei sie nicht gezogen worden; einer der Angeklagten habe sie nur mit dem Stock angehaßt. Schulze hat gesehen, daß einige der Angeklagten Säbelhiebe erhalten hatten. Der Gendarm habe der Mutter des Birtes seinen Umhang gegeben, bevor er den aus dem Lokal Gedrängten nachstürmte. Diese Aussagen sind darum besonders wichtig, weil der Gendarm und Polizist bestritten, daß die Angeklagten betrunken gewesen seien und ersterer bekundete, daß ihm der Umhang „abgerissen“ worden sei. Von einigen Zeugen wird ausgelegt, daß Kolbe, der zu fünf Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, abseits gestanden habe und am eigentlichen Krawall nicht beteiligt war. Der zu sieben Monaten verurteilte Kolbe sagte als Zeuge aus, er habe gegen seine Verurteilung keine Berufung eingelegt, weil er glaube, es nütze ihm doch nichts; aber er sei sich der ihm zur Last gelegten Taten nicht bewußt, er sei unschuldig. — Zum Schluß der Beweisaufnahme erklärte Polizeiergeant Müller, auf verschiedene sich widersprechende Aussagen aufmerksam gemacht, daß er sich nicht mehr genau auf alle Einzelheiten befinden könne. Auch der Gendarm Stod konnte sich nicht mehr auf verschiedene Fälle befinden. Im allgemeinen habe er seine Aussage aufrecht.

In den Plädoyers der beiden Verteidiger wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Angeklagten betrunken waren, und darum seien ihre Vergehen milder zu beurteilen; die Anklage könne nicht mehr in allen ihren Teilen aufrechterhalten werden, da besonders die Aussagen der beiden Beamten schwer erschüttert seien.

Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Schüller, bemerkte, es müsse Trunkenheit angenommen werden; aber sie sei nicht eine „tunlose“ gewesen. Derartige Exzesse verletzten die militärischen Interessen so stark, daß keine Veranlassung vorliege, von der Strafe wegen Widerstandes abzugeben. Besonders an Kontrolltagen müsse die Autorität der Vorgesetzten hochgehalten werden. Die Novelle zum Militärstrafgesetz könne jetzt angewandt werden. Die militärische Disziplin sei schwer verletzt; wenn er trotzdem für Milde plädierte, so geschehe es, weil die Angeklagten an diesem Tage nur vorübergehend unter dem Militärstrafgesetz standen. Es müsse aber das Urteil eine Mahnung für spätere derartige Exzesse sein, um so mehr, als die Angeklagten sozialdemokratischer Gesinnung huldigten, also die Staatsautorität untergraben wollten. Er beantragte darum gegen Hagemeier 4 Jahre 3 Monate, Kolbe 3 Jahre 3 Monate, Georges 3 Jahre 3 Monate, Schirmer 4 Jahre 3 Monate Gefängnis. Nach kurzen Ausführungen der Verteidiger und etwa einstündiger Urteilsberatung wurde folgendes Urteil gefällt:

- Hagemeier: Wegen Widerstandes, militärischen Auftrags und Beleidigung 2 Jahre 1 Monat Gefängnis (früheres Urteil: 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus).
- Kolbe: Wegen Widerstandes, Beleidigung, Adhulationsverletzung 4 Monate Gefängnis (früheres Urteil: 5 Jahre 3 Monate Gefängnis).
- Georges: Wegen Beleidigung, Widerstand, Aufruhr 1 Jahr 9 Monate Gefängnis (früheres Urteil: 5 Jahre 6 Monate Gefängnis).
- See: Wegen Beleidigung, Widerstand, Aufruhr 2 Jahre 1 Monat Gefängnis (früheres Urteil: 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus).
- Schirmer: Wegen Beleidigung, Widerstand, Aufruhr 2 Jahre 1 Monat Gefängnis (früheres Urteil: 5 Jahre 2 Monate Zuchthaus).

Das neue Urteil ist noch außerordentlich hart; vergleicht man es aber mit dem Urteil der ersten Instanz, so wird man doch eine gewisse Befriedigung empfinden. Was hebt diesen Prozeß über viele andere von der gleichen Art hinaus?

Er stellt eine Probe auf das Gemischte der sozialdemokratischen Politik dar. Wenn die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages nach dem ersten Urteil, nicht sofort und mit aller Energie eingegriffen hätte, so hätten diese Opfer alkoholischer Exzesse viele lange Jahre im Zuchthaus oder im Gefängnis talmachten müssen. Der Sozialdemokratie haben sie es zu danken, daß das Alkoholkonsum von ihnen abgemindert, daß ihre bürgerliche Existenz nicht völlig vernichtet worden ist. Diesen Fall sollten sich alle böswilligen und unwissenden Schwärmer merken, die ja gern von der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie erzählen. Wer hätte sich um die Opfer der Militärdiktatur gekümmert, als die Partei der Arbeiter noch nicht bestand? Wer hat die proletarischen Interessen wahrgenommen, als es noch keine Organisationen der Arbeiter und keine Arbeitervertreter in den Parlamenten gab? Diesmal hat sich die positiv schaffende Arbeit der Sozialdemokratie zu deutlich erwiesen, als daß sie von den Begegnern der Arbeiterbewegung geleugnet werden könnte!

Aber ein zweites lehrt uns dieser Prozeß noch mit besonderer Deutlichkeit: Daß wir den Kampf gegen den Alkohol noch energischer als bisher führen müssen. Auch diese Arbeiter sind gewiß keine ausgesprochenen Alkoholiker, sie werden wahrscheinlich nur das sein, was man im gewöhnlichen Leben mäßige Trinker nennt. Und doch sind sie bei der ersten Gelegenheit ins Unmäßige geraten. Wo hört denn überhaupt das Mäßige auf und wo beginnt die Unmäßigkeit? Es kommt so erst in zweiter Linie darauf an, wie der Alkohol auf den körperlichen Zustand des einzelnen wirkt. Hier sehen wir mit erschreckender Deutlichkeit, wie er als soziales Gift Elend und Not verbreitet. Die Angeklagten wurden als brave Leute geschildert, so hat sie wohl auch der Gerichtshof eingeschätzt, als er ihnen mildernde Umstände zubilligte. Und doch waren sie nicht stark genug, um den Lockungen des Alkoholkonsums zu widerstehen. Sollen wir also auch fernerhin mit einem Lächeln des Verstehens über die scheinbar so unausrottbaren Trunksitten hinweggehen, oder müssen wir nicht alle Kraft anwenden und bei uns selbst mit der Besserung beginnen, um die Plage des Alkoholismus von der Arbeiterschaft zu nehmen?

on Aufträgen sei so groß, daß trotz der erspähten Betriebsvermehrung die Nacharbeit in den verschiedenen Abteilungen beibehalten werden müsse. Den Aktionären wird eine entsprechende Gewinnsteigerung in Aussicht gestellt. Da merkt man doch etwas vom „Segen“ der Weltkrisis.

Staatsbürgerrecht nur für die „höheren“ Schulen. Wie man offensichtlich merkt, wird der preussische Kultusminister dem Wunsche nach einer besseren Belehrung der Jugend in Bürgerkunde und Staatsbürgerrecht durch Einrichtung von geschichtlichen und staatswissenschaftlichen Fortbildungskursen für akademisch gebildete Lehrer an höheren Lehranstalten Rechnung tragen. Der erste dieser Kurse soll vom 13. bis 25. Oktober d. J. in Berlin stattfinden. — Um die Volksschüler kümmert man sich nicht. Die hält man absichtlich im Dunkeln über ihre Staatsbürgerrechte.

Zur Erhebung von Schiffsahrtsabgaben. Einer Mitteilung im Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller zufolge will die Reichsregierung die Einführung von Schiffsahrtsabgaben wenigstens für das Gebiet der Elbe im Zusammenhang mit den neuen Handelsverträgen ordnen. Das heißt mit anderen Worten, Desterreich soll bei den Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge so geschwiebelt werden, daß es schließlich seinen Widerstand gegen die Erhebung von Schiffsahrtsabgaben aufgibt. Die ostelbische „Kulturpolitik“ hätte dann gesiegt.

Ausland.

Großbritannien.

Eine nachfolgende Demonstration der Dubliner Arbeiterschaft war das Ergebnis des von der Polizei erschlagenen Arbeiters Nolan. Vierzig bis fünfzigtausend Menschen folgten der Leiche. Es dauerte fast eine Stunde, bis der Leichenzug einen gewissen Punkt in den mit Menschenmassen gefüllten Straßen passiert hatte. Der Oberbürgermeister Dublins und die Mehrheit der Stadtverordneten waren im Zuge. Die Polizei und Gendarmen ließ sich nicht blicken, weshalb der Aufmarsch sich in vollster Ordnung vollzog. — Auf dem Friedhofe selbst waren über 50 000 Menschen versammelt. Die wenigen Polizisten, die den Sicherheitsdienst versahen, versteckten sich hinter den Grabsteinen, da sie Angriffe der erbitterten Menge befürchteten. Der Sarg wurde in die Gruft gesenkt und am offenen Grabe hielten mehrere Arbeiterführer Ansprachen.

Die Straßen zeigten ein wüstes Aussehen. Allenthalben trat man auf Glasplitter. Das Gericht verurteilte nicht weniger als 144 Arbeiter, die bei den Ausschreitungen beteiligt sein sollen zu Gefängnisstrafen von verschiedener Höhe.

Die Arbeitskämpfe haben sich durch den Beschluß der Unternehmer, keinen dem Transportarbeiterverbände angehörenden Mann einzustellen, noch verschärft und verwickelter gestaltet. Der Lord Major hat infolgedessen die Unternehmer und Arbeiter aufgefordert, einen Verständigungsansatz zu bilden, und drängt darauf, daß ein kurzer „Waffenstillstand“ abgeschlossen werde, damit die Stadt vor weiteren Erschütterungen bewahrt bleibe.

Auf das Ersuchen der Gemeindebehörde von Dublin erklärte der Lordleutnant von Irland, er halte es für „unmöglich“, über das Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Unruhen in Dublin eine Untersuchung anzustellen, bevor nicht die „Ordnung“ vollkommen wiederhergestellt sei. Doch verspreche er, möglichst bald eine „eingehende Untersuchung“ anstellen zu lassen. — Das Verhalten des Lordleutnants spricht nicht dafür, daß die anzustellende Untersuchung, die die Polizei zu fürchten hat, sehr „eingehend“ sein wird.

Bom Balkan.

Greuelthaten der Montenegriner. Die Albanische Korrespondenz meldet aus Scutari: Montenegrinische Truppen überfielen die Ortschaft Kutaj bei Gushnje. Sie erschossen die verschlossenen Haustore und verübten an den Bewohnern viele Grausamkeiten. Zehn Personen wurden durch Bajonettschüsse schwer verletzt, darunter auch Frauen und Kinder. Eine Anzahl wurde weggeschleppt. Die Bevölkerung flüchtete ins Gebirge.

Bereinigte Staaten von Nord-Amerika.

Die Präsidentschaftswahl in Mexiko, die im Oktober stattfindet, dürfte den Wünschen der amerikanischen Regierung entsprechend ausfallen. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Bundesregierung in Washington die nördliche Juchendung erhalten, daß der provisorische Präsident von Mexiko, Huerta, nicht als Kandidat für die Wahl des definitiven Präsidenten auftreten werde. Präsident Wilson erklärte sich „voll befriedigt“ über die Erklärung des mexikanischen Ministers des Auswärtigen Gamboa. Er sagt, daß er eine Karte über die Präsidentschaftswahl ausgeben wolle, aber er fügt nicht hinzu, auf welche Weise. Man glaubt, daß General Tiernie der aussichtsreichste Bewerber um die Präsidentschaft ist. Und wird in Mexiko verbleiben, da er hofft, mit den Revolutionären in Verbindung treten zu können. Gleichzeitig würde er dann in der Lage sein, die „Überwachung der Präsidentschaftswahl“ vorzunehmen. — Nach einer Depesche aus Veracruz ist Zamacoña als peripherer Vertreter Huertas mit der Vollmacht, Unterhandlungen zu eröffnen, nach Washington abgereist. Man glaubt, er werde bei dem Präsidenten Wilson eifrig für die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der beiden Regierungen eintreten.

Kleine politische Nachrichten.

Zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für geringverdienende Beamte und Arbeiter des Reiches soll wiederum ein Betrag von 4 Millionen Mark in den neuen Reichsetat eingestellt werden.

Die städtischen Körperschaften Nürnberg setzen die Jahreskonvention des Oberbürgermeisters v. Schaub auf 1920 Wk. fest und beschließen, ihm die Goldene Bürgermedaille und das Ehrenbürgerrecht zu verliehen.

Brüsseler Zeitungen kündigen an, daß im Herbst eine Sozialkonferenz der Jüderkonferenz stattfinden soll zur Erörterung der event. Stellungnahme Englands und Italiens gegenüber, die seit dem 1. September aus der Konferenz ausgeschlossen sind.

Die chilenische Regierung hat Liegenschaften der Salpeter-Kompanie von Valparaiso erworben, die die Salpeterflöze von Aguasanta ausbietet, und wird den Versuch machen, durch sparsamen Betrieb den Preis des Salpeters herabzusetzen.



ist die neue
Qualitäts-
3 Cigarette

Ein Lehrer als Brandstifter und Mörder.

Fünfzehn Personen getötet, elf Personen verwundet und fünf Gebäude angezündet.

Eine furchtbare Bluttat!

Mühlhausen a. d. Enz., 5. September. Ein grauenhaftes Verbrechen wurde heute nacht in unserem friedlichen Orte verübt, so grauenhaft und erschütternd, daß sich die Feder sträubt, all das Unglück und all den Jammer, von dem unser Ort und seine friedlichen Bürger betroffen wurden, niederzuschreiben. Daß die Tat von einem Menschen mit normalem Sinn verübt worden ist, kann man nicht behaupten. Der Nordbrenner heißt Wagner, ist von Beruf Schullehrer und gegenwärtig in Degerloch angestellt; vor mehr als zehn Jahren war er hier als Unterlehrer tätig. Vor vier Wochen kam er auf kurze Zeit wieder hierher und brachte seine beiden Kinder zu seinen Schwiegereltern zu Besuch. Noch vor acht Tagen war einer seiner Verwandten bei ihm in Degerloch. Auch da war das Verhältnis noch das denkbar Beste. Und nun kam er plötzlich heute nacht in unseren stillen Ort wie ein wildes Tier. Gegen 12 Uhr hörten und sahen die Nachbarn des Schulhauses plötzlich, daß eine Scheune brannte. Als sie sich bei einem Manne, der in der Dunkelheit vorbeikam, nach der Ursache des Feuers erkundigten, fiel statt der Antwort ein Schuß, und ein Mann sank folgetroffen nieder. Nachdem nun der Täter entdeckt worden war, wandte er sich nach anderen Ortsteilen, um auch dort zu brechen und zu morden. Im Oberdorf zündete er eine zweite große Doppelscheune an, von der aus noch ein Nebenhans in Brand geriet. Hier wurde einer der beliebtesten Wlitzer, Christian Vogel sen., von dem Nordbrennen niedergeschossen. Vogel sah, nur mit der Hose bekleidet, nach der Ursache des Feuers. In dem Augenblick aber, als er das Fenster öffnete, und den Brandstifter nach der Brandursache fragen wollte, erhielt er einen Schuß in den Mund, der ihn sofort tot niederstreckte. Die Kugel drang am Oberkiefer ein und trat am Hinterkopf wieder heraus. Ohne sich noch einmal zu rühren, fiel er tot zu Boden. Im ganzen hat Wagner den Ort an vier Stellen angezündet, außer an den genannten noch in Oberdorf und im Adler, dem Hause seiner Schwiegereltern. Als er zum fünften Male versuchte, Feuer zu legen, wurde er erwischt. In den Händen hatte er zwei große Armeevölker, mit denen er blindlings darauf losjoch. Der Polizeidiener erhielt zwei Schüsse und der Nachtwächter ebenfalls einen. Wo sich Menschen, ganz gleich, ob Greise, junge Männer oder Frauen und Kinder zeigten, wurden sie von Wagner angeschossen. Im ganzen fielen ihm acht Personen zum Opfer, außer dem bereits genannten Christian Vogel noch Heinrich Knübele, Jakob Schneider, Christian Wiedmaier, Friedrich Weisinger, Georg Müller, Friedrich Bauer und die elfjährige Marie Bader, die sämtlich auf der Stelle tot waren.

Ganz besonders tragisch ist das Schicksal der Familie Bader: Vater und Mutter sind lebensgefährlich verletzt, die elfjährige Tochter ist tot. Die Zahl der Verwundeten beträgt 11, von denen die Hälfte lebensgefährlich verletzt ist. Ihre Namen sind Friedrich Maier, Karl Benz, Johann Martini, Polizeidiener Rintsch, Christian Müller. Dieser erhielt im ganzen vier Schüsse, darunter einen Lungenschuß. Weiter

sind verletzt: die bereits genannten Baderschen Eheleute, Jakob Knübele, ein Bruder des Erschossenen, Friedrich Rägele, Friedrich Müller und Jakob Bopp.

Die Ueberwältigung des Mörders.

Kein Mensch traute sich nach diesen vielen Schüssen mehr auf die Straße. Wer sich zeigte, wurde von dem Nordbrennen kurzerhand niedergeschossen. Endlich ging der Polizeidiener, der selbst schon angeschossen war, mit einem Eisenbahnarbeiter auf den Wahnjungen los, und schließlich gelang es den beiden Männern, ihm die Revolver aus den Händen zu schlagen. Nachdem er überwältigt worden war, wurde er von der inzwischen angekommenen aufs höchste erregten Bevölkerung über mitgepielt. Eine Hand wurde ihm zweimal abgeschlagen, sein Kopf trägt kein unverletztes Fleckchen Haut mehr. Erst als er ohnmächtig am Boden lag, ließ die Menge von ihm ab. Er wurde gefesselt und ins Armenhaus eingeliefert, wo er jedoch bald wieder zum Bewußtsein kam. Der Eindruck, den der Dabliegende jetzt auf die Beschauer macht, ist durchaus nicht so, als ob er geistig gestört wäre. Das Feuer an den vier Stellen konnte sich dank der Windstille und dem sofortigen Eingreifen der Bevölkerung nicht weiter ausbreiten. Nach der Ueberwältigung des Mörders nahm die Bevölkerung sofort die Löscharbeiten, tatkräftig durch die hiesige Feuerwehr, die Feuerwehr der Oberamtsstadt Waihingen und durch eine in Waihingen einguartierte Abteilung Fußartillerie unterstützt, auf. Die Feuerwehr von Enzweihingen brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Ein Schriftstück des Mörders. — Weitere Opfer.

Bei der Durchsichtung der Kleider des Lehrers Wagner wurde in dessen Rocktasche ein Schriftstück gefunden, das ein sechs Jahre altes Datum trägt. Das Schriftstück enthält eine ausführliche Darstellung seiner heute nacht verübten Missetaten. Außerdem war in dem Rocktasche ein dritter Kleinkalibriger Revolver, mit dem er etwaige weitere Anwesende sich fernzuhalten gedachte. Seine Verletzungen sind nicht lebensgefährlich; er hat am Kopf nur starke Hautschürfungen und eine tüchtige Schramme von einem Säbelhieb des Polizeidieners. Zu der Gerichtskommission, die ihn heute vormittag noch im Armenhaus vernehmen wollte, sagte er, er gebe keine Antwort, man solle ihn zuerst ins Krankenhaus schaffen, wo er dann Auskunft geben werde. Er wolle unbedingt ins Krankenhaus, denn er habe es, trotz seiner Taten, nicht nötig, sich hier durch die starke Zugluft eine Krankheit zu holen; auch sei er schon einmal ohrenleidend gewesen und diese Krankheit könne wiederkommen.

Der durch die Lunge geschossene Christian Müller liegt im Sterben, einem weiteren, der einen Schuß in den Bauch erhalten hat, muß ein Stück Darm herausgeschritten werden. Müller und Knübele sind inzwischen ihren schweren Verletzungen erlegen.

Die Aufregung in Mühlhausen

wo im Laufe des Tages ein starker Zustrom von Fremden stattfand, hat sich immer noch nicht gelegt. Die Abge-

brannten sind zum Teil kleine Bauern, deren Hab und Gut nicht genügend versichert ist. Nach den jetzt vorliegenden Berichten hat Wagner die Tat nicht mit Armeevölkern begangen, sondern mit Selbstladepistolen vom Kaliber 7,65. Außer dem kleinen Revolver hatte er in seinem Rocktasche noch ein Dolchmesser und einen Totschläger. Von verschiedenen Seiten wird angegeben, daß er bei seinem nächtlichen Wüten vor- und zurück war und über dem Gesicht einen dichten schwarzen Schleier trug. Der Polizeidiener ging ihm mit Hilfe des Eisenbahnarbeiters energisch zu Leibe und brachte ihm mehrere Säbelhiebe bei. Wagner hat etwa 80 Schüsse abgegeben. In Mühlhausen war er auf dem Fahrrad angekommen, das er samt Rocktasche in ein Kornfeld geworfen hatte. Heute nachmittag wurde er von mehreren Gendarmen nach Waihingen gebracht. Leider sind zwei der von Wagner Verletzten inzwischen gestorben, so daß die Zahl seiner Opfer nunmehr 15 beträgt. Man hofft, daß die übrigen Verletzten mit dem Leben davonkommen — Die Gerichtskommission hat

Wagner für geistig normal erklärt.

Er macht überhaupt nicht den Eindruck eines Geistesgestörten. Im Krankenhaus verlangte er Essen, und zwar Braten mit Schwarzbrot. Bei allen Vernehmungsvorlesungen erklärte er, nichts auszusagen zu wollen. Er wies darauf hin, daß er alles, was mit der Tat im Zusammenhang stehe, schriftlich niedergelegt habe. Etwaige Lücken werde er selbst schriftlich ausfüllen. Der Grund der Tat mir in mitleidigen Familienverhältnissen gesucht. Wagner soll sich in seiner Ehe nicht besonders glücklich gefühlt haben. Aus Großschafheim hat er an das Tagblatt in Stuttgart einen Brief gerichtet, in dem er die Absicht der Tat kundgibt. In einem Schwager in Mannheim hat er einen Brief ähnlichen Inhalts geschrieben.

Allem Anschein nach muß Wagner gegen gewisse Persönlichkeiten in Mühlhausen, wo er längere Jahre als Lehrer tätig war, einen tiefen Groll und Haß genährt haben, die vielleicht ihren Ursprung haben in weit zurückliegenden Vorgängen. Daß Wagner es besonders auf den Schulheizen abgesehen hatte, geht daraus hervor, daß er nach den Brandlegungen in dessen Wohnung kam und ihn gewiß ebenso niederschließen wollte, wie alle, die ihm später in den Weg kamen. Auch seine Verwandten sollten ohne Zweifel daran glauben.

Eine weitere Schreckensbotschaft.

Die Frau und vier Kinder ermordet.

Aus Degerloch wird berichtet, daß Freitag früh die Polizei vergeblich Einlaß in die Wohnung des Mörders Wagner begehrt. Ein herbeigeholter Schlosser öffnete gewaltsam die Tür. Man fand die Frau mit vier Kindern, die im Alter von 3 bis 13 Jahren standen, in ihrem Blute liegend tot vor. Die schauerhafte Tat muß bereits vom Mittwoch auf Donnerstag ausgeübt worden sein. Die Frau wurde mit durchschnittenen Ähren im Bett aufgefunden. Die Kinder sind erstickt worden. Der Täter ist 39 Jahre alt.

Kleines Feuilleton.

Für meine Söhne.

Nehle nimmer mit der Wahrheit!
Bringt sie Leid, nicht bringt sie Reue;
Doch weil Wahrheit eine Perle,
Wiß sie auch nicht vor die Säue.

Blüte edelsten Gemütes
Ist die Rücksicht; doch zu Zeiten
Sind erfrischend wie Gewitter
Goldne Rücksichtslosigkeit.

Wadler heimlicher Grobheit
Sehe deine Stirn entgegen;
Artigen Leutlichkeiten
Gehe schweigend aus dem Wege.

Wo zum Weib du nicht die Tochter
Wagen würdest du begehren,
Halte dich zu wert, um göttlich
In dem Hause zu verkehren.

Was du immerzu fannst werden,
Arbeit säue nicht und Wachen;
Aber hüte deine Seele
Vor dem Karrieremachen.

Wenn der Pöbel aller Sorte
Tanzel um die goldenen Kälber,
Halte fest: du hast vom Leben
Doch am Ende nur dich selber.

Theodor Storm.

simple Täufer, Johann Neudäuser, Wiedertäufer, Taufgesinnte, Evangelisch-Lautsinnige, Gestaltete Christen, Täufer, Untertäufer, Baptisten, Generalbaptisten usw. Die englische Kirche ist mit mehreren Dutzend Bekenntnissen und Sekten vertreten. Auch die Freireligiösen, die Dissidenten und Swirriten sind hier mit aufgezählt.

Nur 6 Bekenntnisse weisen die Israeliten auf; es sind dies die Israeliten, Hebräer, Juden, Mosaische, Reformierte, Israelitische und Reformierte Jüdische. In der letzten Gruppe „Bekennere anderer Religionen“, die 51 Lehren umfaßt, ist alles übrige untergebracht: Ketten, Feueranbeter, Begerner, Brahmanen, Buddhisten, Ahmuditen, egyptenorientierte Katholiken, Freireligiöse, Theosophen, Mystiker, Altheisten usw.

Die Einteilung ist manchmal etwas willkürlich; öfters wiederholen sich auch dieselben Bekenntnisse unter einem anderen Namen. Aber es gibt doch zu denken, daß allein in Deutschland mehrere hundert religiöse „Wahrheiten“ zu finden sind, mehrere hundert Wege zur ewigen Seligkeit“ existieren. Wie schwer, da den richtigen zu finden!

Ein neues lebendes Riesentier entdeckt.

In der indischen Inselwelt liegt zwischen den beiden großen Inseln Flores und Sumbawa das Eiland Komodo, das sich gleichfalls in holländischem Besitz befindet. Bisher hat diese kleine Insel kaum jemals von sich reden gemacht und war daher außerhalb der geographischen Kreise so gut wie unbekannt. Jetzt hat sie eine kaum merkliche erste Rangstufe zutage gefördert in Gestalt einer Eidechse von unvergleichlichem Riesenumfang. Sie gehört zur Familie der Warane und hat von der Wissenschaft den Namen Varanus Komodensis, nach seiner Heimat, erhalten. Die Warane sind in den Tropen ziemlich verbreitet und zeichnen sich auch fast in allen Arten durch stattliche Größe aus, so daß sie im Aquarium stets eine besondere Schenswürdigkeit bilden, die von dem Besizer mit etwas unbequemer Empfinden betrachtet zu werden pflegt. Der größte Waran den man bisher kannte, ist der Bindenwaran, der gleichfalls in Indonesien vorkommt, aber auch auf den benachbarten Festländern in Südostasien und Australien wohnt. Er erreicht die ansehnliche Länge von 2 1/2 Meter. Das erste Exemplar seiner Art wurde von der Insel Komodo war auch nicht länger, aber dann wurde ein zweites von fast 1 Meter Länge erlegt. Weitere Nachforschungen haben ergeben, daß auf der Insel noch Warane haufen sollen, die sogar 6-7 Meter lang sind und sich damit den gewaltigsten Landtieren an die Seite stellen würden, die überhaupt auf der Erde bekannt sind. Sogar für einen Alligator sind 4 1/2 Meter Länge schon ein recht stattliches Maß; vom Riesenkrokodil Afriens, sowie vom Nilkrokodil gelten Exemplare von 5 Meter Länge schon als seltene Ausnahmen, und die Berichte von Riesenkrokodilen von 7 oder gar 9 Meter Länge werden von vorsichtigen Forschern angezweifelt. Von dem Waran Nord-Australiens, der bisher den Namen Riesenwaran führte, unterscheidet sich die neue Art durch eine weniger spitze und braungefärbte Schnauze, sowie durch einen kürzeren Schwanz. Das Knochengestüt der neuen Art ist dagegen nicht zu unterscheiden von dem eines Waran, der früher in Australien gelebt hat, jetzt aber seit geraumer Zeit ausgestorben ist.

Nah und Fern.

Von Popuas aufgefressen. Nach einer Meldung aus Neu-Quinea ist der Mineraloge John Warner, ein Deutschamerikaner, auf einer Forschungsreise von eingeborenen Popuas getötet und aufgefressen worden. — Die Begleiter Warners, zwei Eingeborene, entkamen. Die Popuas sind den Melanesiern zuzuzählen, die Neuguinea und die dazugehörige südöstliche Halbinsel bewohnen. Der Name „Papua“ stammt von dem malayischen „papuwah“, das heißt kraushaarig. Die Popuas zerfallen in viele kleine Stämme, doch wird ihre Zahl auf etwa eine Million veranschlagt. Ihre Sprache ist sehr mannigfaltig, hängt jedoch im Grunde mit den polynesischen und australischen Sprachen zusammen. Die Popuas sind von brauner Hautfarbe und leben in wilden Sitten. Über ihre Eigenart haben verschiedene Gelehrte Beiträge geliefert.

Große Diebstähle auf dem Lehrter Güterbahnhof in Berlin sind entdeckt worden. Mehrere Eisenbahnbeamte sind daran beteiligt. Der Haupttäter, der am Lehrter Güterbahnhof angestellte Beamte O. ist bereits verhaftet worden. Es sind Wagenladungen, besonders große Porzellanladungen, die für ein Berliner Warenhaus bestimmt waren, in letzter Zeit von der Diebstahlsbande systematisch bestohlen worden.

Das Ende vom Liede. Aus Kreuznach wird berichtet: Bei einer unvermuteten Revision der städtischen Salinenverwaltung wurden die Bücher in Unordnung gefunden. Der schuldige Beamte Grub hat sich erhängt.

Schiffsunglück. Bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Dänkirchen wurde ein französisches Segelschiff Notre Dame de France von dem einlaufenden Dampfer Spandien ange-rannt. Ein junger Matrose ist ertrunken.

Weitere Opfer der Bergkaskade. Drei Prager Touristen, Dr. Steiner und zwei Studenten, deren Namen noch unbekannt sind, sind nach der Besichtigung des Habichts in den Stubai-Alpen beim Abfahren über ein steiles Schneefeld verunglückt. Die beiden unbekannteren Touristen haben schwere innere Verletzungen, Dr. Steiner einen Schenkelbruch erlitten. Alle drei sind zur Innsbrucker Hütte gebracht worden. — Der Konditor August Kollmann aus Brand bei Bludenz stürzte auf einer Bergtour auf die Seealpianagruppe eine steile Felswand hinunter in den Lünnersee. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Eigenartige Durchstechereien. Fünf Telefonfräulein in Paris wurden vor das Disziplinargericht zitiert, weil sie einem Getreidemakler vor allen anderen Abonnenten die Verbindungen herstellten und seine Konkurrenten während der Börsensundenstundenlang vom Verkehr abschneiden, indem sie die von diesen gewünschten Verbindungen stets als besetzt bezeichnen. Der Getreidemakler bezahlte die Anklagen reichlich. Erst nach einigen Monaten wurden die Durchstechereien jetzt zufällig entdeckt.

Giftige Pilze. In Grabisch bei Birnbaum aßen drei Kinder eines Ansehlers Fiegenpilze. Die Kinder sind daran gestorben.

Vorsicht vor Tollkirschen. In Hödenkammer im Oberbayerischen fanden Pfleglinge der Kleinkinderschule bei einem Spaziergange mit Ordensschwefel-Tollkirschen. Sie aßen in einem unbewachten Moment davon. Ein Pflegling ist bereits gestorben, die anderen fünf sind schwer erkrankt.

Wieviel Religionsbekenntnisse gibt es in Deutschland?

Bei der letzten Berufszählung im Jahre 1907 wurde auch das Religionsbekenntnis der einzelnen Berufszugehörigen festgestellt. Als Hilfsmittel bei der Aufbereitung diente dabei ein Verzeichnis der verschiedenen Bekenntnisarten, das die statistische Zahl von 334 Religionsbekenntnissen enthält. Die Hauptgruppen bilden: 1. die Christen, 2. die Israeliten, 3. die Bekennere anderer Religionen. Die Christen zerfallen wieder in Untergruppen: a) evangelische, b) katholische, c) andere Christen. Wenn die evangelischen Christen umfassen nicht weniger als 64 verschiedene Bekenntnisse. Da gibt es zunächst Angehörige der evangelischen Landeskirche, Evangelische, Evangelisch-Lutherische, Lutherische, Altlutherische, Separierte Lutheraner, Protestanten, Unierte, Evangelisch-Unierte, Reformierte, Evangelisch-Reformierte, Altreformierte, sodann die Reformierten und Protestanten der verschiedenen Nationen und endlich der unzähligen kleineren Sekten.

Bekennere sind die katholischen Christen, die sich mit 40 verschiedenen Bekenntnisarten in Deutschland begnügen. Ein buntes Gemisch bilden die „anderen Christen“, die in 172 Bekenntnisse zerfallen. Allein die Täufer mit ihren Spielarten stellen hier schon eine ganze Gruppe für sich dar. Da gibt es

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

(Fortsetzung.)

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 080 957 Mark (1911) auf 80 233 575 Mark erhöht, während die Gesamtausgaben von 60 025 080 Mark auf 81 105 675 Mark wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 62 105 821 Mark auf 80 797 786 Mark. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31,71 Mark (1911: 31,06 Mark), die Ausgaben 24,15 Mark (1911: 23,84 Mark) und die Vermögensbestände 31,98 Mark (1911: 26,78 Mark).

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände wiesen folgende Posten auf:

	Mk.
Eintrittsgelder	470 057
Verbandsbeiträge	64 532 051
Oertliche Beiträge	9 138 215
Ertragsbeiträge	1 137 252
Streikbeiträge in Streikorten	146 418
Zinsen	1 705 515
Sonstige Einnahmen	3 104 067
Insgesamt	80 233 575

Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder betragen 31,71 Mk.; sie gehen auf 14,04 Mk. bei den Handlungsgehilfen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,81 Mk. am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58,47 Mk. bei den Buchdruckern, 64,19 Mk. bei den Notensetzern und 64,26 Mk. bei den Lithographen und Steindruckern.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 81 105 765 Mk. sind die folgenden Posten besonders hervorzuheben:

	Organisationen	Mk.
Reiseunterstützung	35	1 179 102
Umzugsunterstützung	34	405 403
Arbeitslosenunterstützung	45	7 741 240
Arbeitsunfähigen (Kranke) Unterstützung	46	11 436 326
Invalidenunterstützung	8	528 080
Beihilfe in Sterbefällen	45	1 178 310
Beihilfe in Notfällen	44	515 846
Streiks im Beruf	43	12 047 726
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen	19	195 834
Streiks in anderen Berufen und Ausland	46	437 457
Zentrale und lokale Tarifkämpfe	14	65 639
Rechtsschutz	48	392 697
Gewährleistungenunterstützung	43	1 070 752
Verbandsorgan	49	2 604 411
Sonstige Zeitungen	27	92 256
Bibliotheken	34	322 913
Unterrichtskurse	20	56 099
Statistiken	15	145 232
Agitation	46	2 841 814
Druckschriften, Broschüren usw.	45	865 388
Stellvermittlung	20	132 065
Konferenzen und Generalversammlungen	46	509 962
Sonstige Zwecke	49	2 827 970
Beitrag an die Generalkommission	48	274 654
Beitrag zu internationalen Verbindungen	29	67 773
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	44	1 457 280
Projektkosten	13	87 838
Verwaltungskosten (der Hauptkasse)		
persönliche	50	1 152 520
Verwaltungsmaterial	49	730 669
Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gaue	47	9 742 419

Von diesen Ausgaben entfielen also (im Vergleich zu denen vom Jahre 1911) auf

	1911:	1912:
	Mark	Mark
Bildungszwecke	2 389 205	3 220 911
Unterstützungszwecke	3 867 732	3 719 412
Agitation, Stellvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen	7 894 890	9 064 744
Verwaltungskosten	10 563 643	11 625 698

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder berechnet, betragen 24,15 Mark. Sie gehen auf 94,24 Mark herauf bei den Lithographen und Steindruckern, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 29,98 Mark übersteigen, und gehen auf 10,96 Mark zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Lithographen entfielen allein 82,71 Mark auf Unterstützungszwecke, davon 49,80 Mark auf Streikunterstützung. Den größten Aufwand für Bildungszwecke mit 4,11 Mark hatten die Bildhauer.

Die gesamten Verbandsvermögen betragen 80 797 786 Mark, von denen 62 941 731 Mark in den Hauptkassen verbleiben. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31,98 Mark (gegen 26,76 Mark im Vorjahre). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228,12 Mark bei den Notensetzern, denen die Buchdrucker mit 131,79 Mark zunächst kommen und 2,94 Mark bei den Tabakarbeitern, nach denen die Handlungsgehilfen mit 3,61 Mark rangieren.

Einige Verbandsorgane halten 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes arabis geliefert werden und 1 im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtaufgabe aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2 664 700. Daneben bestehen noch 7 fachliche Organe sowie das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, der L'Operaio Italiano und die Demiani für die Mitglieder italienischer und polnischer Zunge. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, 7 alle 2 Wochen und 7 monatlich.

Der Rückgang der Ausgaben für Unterstützungen erklärt sich vor allem aus dem verminderten Aufwand im Berichtsjahre für Streikunterstützung. Fast 5 Millionen Mark wurden gegenüber dem Vorjahre und mehr als 7 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1910 an Streikunterstützungen erspart. Wenn es auch im Berichtsjahre an Kämpfen nicht gefehlt hat und besonders im Bergbau ein recht umfangreicher Kampf entbrannt war, so fehlte es doch an so langdauernden Kämpfen wie in den Vorjahren, die große Unterstützungssummen verschlangen.

Es wurden an Unterstützungen gezahlt:

	1910	1911	1912
	Mk.	Mk.	Mk.
Reise	1 015 984	1 028 431	1 179 102
Umzug	316 452	366 865	405 403
Arbeitslose	6 075 522	6 340 544	7 741 240
Kranke	9 028 693	10 266 730	11 436 326
Sterbefälle	884 012	1 045 956	1 178 310
Notfälle	548 567	470 048	515 846
Gewährleistungen	809 738	895 519	1 070 752
Summa	18 678 966	20 414 093	23 526 979

Dagegen wurden für Streikunterstützung verausgabt:

	1910	1911	1912
	Mk.	Mk.	Mk.
1903/05	17 303 328	12 485 183*	
Arbeitslose	54 270 19		
Reisende	1 316 958		
Kranke	68 736 450		
Umzug, Not- und Sterbefälle	14 285 257		
Gewährleistungen	9 414 121		
Invaliden	4 615 331		
Rechtsschutz	3 577 425		

Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen im Berichtsjahre nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterstützungszwecke. In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 185,8 Millionen Mark für friedliche Unterstützungszwecke und 121,5 Millionen Mark für Streikunterstützung auf. Von den ersteren Unterstützungsausgaben entfielen seit 1891 auf

Einige besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder. Im Berichtsjahre waren alle Mitglieder der Gewerkschaften teils für Arbeitslosigkeit am Ort, teils für solche auf Reise oder für belde verlohnt. Die Aufwendungen für diese Unterstützungen erreichten im Jahre 1912: 8 920 342 Mark gegenüber 7 365 975 Mark im Jahre 1911, 7 091 506 Mark im Jahre 1910 und 7 201 351 Mark im Jahre 1900. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen Mark aufgewandt. Sie haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. So bald nunmehr auch die größten Organisationen des Baugewerbes dazu übergehen werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Ort zu unterstützen, dürfte der Einwand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einen kleinen Teil der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, bald entkräftet sein, denn es steht jedem Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftlichen Zentralverbände frei und man müßte es sogar von einem jeden als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sich der Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standard of Life nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Opfer gescheut haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich selber nicht bloß als das beste, sondern selbst als das einzig brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich, Staat und Gemeinde verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinnützigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schadlos halten und ihnen wenigstens einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen zurückvergüten. Das Genter System bezeichnet den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre und gerade jetzt, angesichts der drohenden Zeichen einer neuen Arbeitslosigkeitsperiode, ist es an der Zeit, daß mit der Einführung des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung endlich Ernst gemacht wird, denn die Gewerkschaften sind allein nicht imstande, allen den an sie heranretenden Anforderungen der Massenarbeitslosigkeit genügen zu können.

(Schluß folgt.)

Eine Petroleummischbung der Deutschen Bank.

Die deutschen Finanzherren haben in den vergangenen zwölf Monaten geradezu gigantische Vorarbeit geleistet, um dem kommenden Petroleummonopol gut ausgeführte privatkapitalistische Wege weisen zu können. Jetzt faßiert die Deutsche Bank unter ängstlichen Bemühen, die Öffentlichkeit nicht aufzuregen, einen ihrer Gewinne aus dem Petroleumgeschäft.

Die Deutsche Bank, der Wiener Bankverein, die Bank für Handel und Industrie, die Mitteldeutsche Kreditbank, die Nationalbank für Deutschland und das Bankhaus Jakob Stern, Frankfurt a. M., gründeten vor nunmehr zehn Jahren die Deutsche Petroleum-A. G. Dieses Unternehmen ist heute sozusagen die Petroleumabteilung der Deutschen Bank, in ihr laufen alle die kräftigen und feinen Fäden zusammen, die die Deutsche Bank über die deutsche Petroleumindustrie zu spinnen verstanden hat. Wohl die wichtigste der Petroleumproduktionsgesellschaften, bei denen die Deutsche Bank den Ausschlag gibt, ist die Steaua Romana A. G. für Petroleumindustrie in Bukarest. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates dieser bis jetzt mit 40 Millionen Aktienkapital ausgestatteten Gesellschaft ist der Direktor Gewinner von der Deutschen Bank. Der Verkauf der europäischen Erdöl ist seit langen Jahren von den drei mächtigsten Interessenten — Deutsche Bank, Nobel und Raschikild — in der Europäischen Petroleumunion vereinigt worden.

Sehen wir uns einmal an, wie die Deutsche Bank durch ganz gewöhnliche Aktienmischbung sich jetzt eine ganze Anzahl von Millionen Mark verdient.

Die Steaua Romana macht jetzt bekannt, daß sie ihr Aktienkapital verdoppeln, also auf 80 Millionen Mark erhöhen will. Die Aktien sollen erst mit 25 Prozent, also mit einem Viertel ihres Wertes bezahlt werden; die restlichen Dreiviertel werden nach Verleihen später eingezahlt. Der Vorteil dieser Einzahlung von nur 25 Prozent liegt darin, daß die Aktien sofort, ohne allzu große Belastung für den Käufer, gleich in die vorgelegenen Hände kommen. Der Käufer der 40 Millionen Mark Steaua-Romana-Aktien wird die Deutsche Petroleum-A. G. sein. Danach läge auf den ersten Blick kein Grund vor, die Sache so, daß ein Konzernunternehmen der Deutschen Bank einem anderen Konzernunternehmen der Deutschen Bank Geldmittel zur Verfügung stellt und dafür natürlich an der Hand der eingekauften Aktien vergrößerte Macht in der anderen Gesellschaft erhält. Solche Geschäfte sind zwar ganz normal, hier handelt es sich aber diesmal um eine andere Art, Geld zu machen. Die Deutsche Petroleum-A. G. bezahlt die Steaua-Romana-Aktien mit Geschäftsanteilen der Europäischen Petroleumunion im Werte von 15 Millionen Mark. Nun hat aber die Deutsche Petroleum-A. G. im jüngsten Geschäftsberichte noch nicht für vier Millionen Mark Anteile an der Europäischen Petroleumunion ausgewiesen. Woher kommen die fehlenden 11 Millionen Mark Anteile, um den ganzen Kaufpreis erlegen zu können? Die Deutsche Petroleum-A. G. kauft das entsprechende Quantum Anteile von ihrer Muttergesellschaft, der Deutschen Bank.

Jeder normale Mensch wird verwundert fragen, warum kauft die Deutsche Bank für ihre Anteile an der Europäischen Petroleumunion nicht direkt die jungen Aktien der Steaua Romana? Auch das läßt sich erklären, und hier liegt der Kernpunkt des ganzen Geschäftes.

Die Anteile der Europäischen Union stehen bei der Deutschen Bank, durch vielfachige stille Abschreibungen begünstigt, sehr niedrig zu Buch. Kauft die Deutsche Bank für diese Anteile direkt, dann muß sie nach dem bestehenden Gesetz die erworbenen Werte zum gleichen Preise in ihre Bücher eintragen. Es gibt aber keinen Behinderungsgrund, ein Papier, das im eigenen Hauptbuch mit vielleicht nur 40 Prozent bewertet ist, an eine beliebige andere Gesellschaft zu verkaufen und zwar zum Tageskurse von vielleicht 140 Prozent.

* Mit Hinzurechnung der Ausgaben für Lohnbewegungen und Tarifkämpfe 127 466 566 Mk.

Wenn die Deutsche Petroleum-A. G., die die Unionanteile von der Deutschen Bank kauft, dann mit diesen Wertpapieren sich wieder andere Aktien einer anderen Aktiengesellschaft eintauscht, so hat das Gesetz dagegen gar nichts zu sagen. Der Witz bei der ganzen Geschichte ist nur der, daß die Deutsche Petroleum-A. G. die Unionanteile, die sie von der Deutschen Bank kauft, höher bezahlt als sie zu Buche stehen. Die Differenz zwischen dem Buchkurse und dem tatsächlich gezahlten wirklichen Werte ist das Millionengeschäft, ist eine Realisierung der in früheren Jahren durchgeführten stillen Abschreibungen. So werden heute durch ein paar einfache Buchungen im Grunde genommen doch nur deswegen Millionen verdient, weil die aktuell gemordete Frage des Petroleummonopols den Herren des Erdöles günstige Geschäftszelt gebracht hat.

Aus Westpreußen.

Ostelbien — der Herd der Viehseuchen.

Bekanntlich erklären die Junker, die Grenzen müßten dem ausländischen Vieh wegen der Seuchengefahr verschlossen bleiben. Seit vielen Jahren ist nach Ost- und Westpreußen kein lebendes Stück Vieh aus dem Ausland gekommen, und trotzdem sind die Seuchen hier an der Tagesordnung. Gegenwärtig grassiert wieder einmal stark die Schweinepest, was den Vorstehenden der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, Landrat a. D. Baiock-Wiebau veranlaßt hat, auf dem Verbandstag der ostpreussischen Kaufmannsgesellschaften zu erklären, daß durch die in den letzten Monaten in erschrecklicher Zahl und Schwere der aufgetretenen Fälle von Schweinepest die schon durch die Entwicklung der letzten Jahre schwer gefährdete Schweinezucht der Provinz neuen großen Gefahren ausgesetzt sei. Die Kaufmannsgesellschaften sollten helfen, daß diese Gefahr von allen Landeuten in ihrer vollen Schwere erkannt werde, daß die gebotenen und nun von den Behörden geforderten Vorsichtsmaßnahmen auf das gewissenhafteste durchgeführt würden, und daß alles geschehe, um dieser neuen Schweinepest Herr zu werden.

Mit der gewissenhaften Befolgung der Vorsichtsmaßnahmen hapert es in Ostpreußen vielfach, sonst könnten die Seuchen nicht einen so großen Umfang annehmen. Man sieht, es ist durchaus nicht das ausländische Vieh, das die Seuchen verbreitet. Diese tragen zur Verminderung des Viehes und der Schweine und zur Erhöhung der Fleischpreise bei. Dadurch wird die Fleischnot vergrößert und die Öffnung der Grenzen immer notwendiger.

Danzig.

„Städtische Betriebe sind Musterbetriebe“.

Schon bei der Einführung der neuen Arbeitsordnung für die Arbeiter der städtischen Betriebe wiesen wir darauf hin, daß sie unzulänglich ist und den Arbeitern nicht genügend Schutz bietet. Man hat uns damals erwidert, daß erst die Wirkungen der neuen Arbeitsordnung abgewartet werden müßten, bevor Änderungen an ihr vorgenommen werden könnten. Um so sonderbarer muß es berühren, daß die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Einrichtungen bisher noch nicht geschaffen sind. Die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes haben immer noch keinen Arbeiterausschuß, trotzdem die Arbeitsordnung die Errichtung eines solchen vorseht.

Gerade in diesem Musterbetrieb auf der Insel ist aber ein Ausschuss besonders nötig, da er dort genügend Arbeit vorfinden wird. Die Arbeit der hier Beschäftigten ist allgemein nicht nur sehr schwer, sondern auch sehr schmutzig. Es müßte also den Leuten genügend Wasch- und Badgelegenheit geschaffen werden. Die Einrichtung ausreichender Wasch- und Baderäume muß doch auf der Insel recht gut und mit geringen Kosten möglich sein. Ebenfalls fehlt den Leuten ein Raum als Umkleieraum. Die Kleider müssen gewechselt werden, weil mit den Arbeitskleidern kein Mensch auf der Straße gehen kann, am allerwenigsten die Bahn benutzen könnte. Das Umziehen ist durch die Arbeit bedingt und dabei sollte die Verwaltung dafür sorgen, daß die Straßenkleidung vor dem Werkstattschmutz geschützt bleibe. Ein Speiseraum würde auch absolut nicht schaden. Weil man gerade in diesem modernen Betrieb eine so große Weltfremdheit zeigt, wäre es angebracht, seinen Leuten auf die Bauhofausstellung zu schicken, damit er sich dort modern eingerichtete Räume ansehe und dann in Danzig für hygienisch einwandfreie Arbeitsräume sorgte. Vielleicht fände auch der Gewerkschaftsinspektor Anregungen, wenn er einmal genau den Betrieb besichtigte.

Die Gasanstalt 1 ist stillgelegt worden und die Arbeiter sind der neuen Gasanstalt, die eine Erweiterung erfahren hat, zugewiesen worden. Hier sind Neuerungen eingeführt, die jedem Volkswirtschaftler Freude machen. Der technische Fortschritt fand hier Eingang und sicherlich wird die Stadtverwaltung von ihm Nutzen ziehen. Es ist deshalb unverständlich, warum sich die Herren so sehr gegen den sozialen Fortschritt sträuben. Wenn die Technik Arbeitskräfte entbehrt, dann sollte man den Hebrigbleibenden wenigstens nicht eine zu schwere Arbeitslast aufbürden. Die Bedienung der Ofen wie sie jetzt verlangt wird, ist auf die Dauer unhaltbar. Die Arbeiter weigern sich gerührt nicht, ihre Pflicht zu erfüllen, ja sie tun noch mehr, als man von ihnen billigerweise verlangen kann, aber auf die Dauer vermag keiner von ihnen die Arbeitslast auszuhalten, die gegenwärtig verlangt wird. Schon sind Erkrankungen vorgekommen, die ausschließlich auf Überanstrengung zurückzuführen sind. Die Behauptung, daß in anderen Orten unter den gleichen Bedingungen gearbeitet wird, ist eben nicht zureichend. Es bedarf keiner Umfrage, um festzustellen, daß in anderen Orten bereits der Achtstundentag existiert. In Danzig aber müssen die Feuerhausarbeiter zwölf Stunden hintereinander die Arbeit verrichten. Durch den Achtstundentag ist die Möglichkeit geboten, daß eine Schicht immer eine Woche auf dem Hof tätig ist, um dann wieder zwei Wochen im Feuerhaus zu arbeiten. Natürlich bekommen die Feuerhausarbeiter auch für die Hofarbeit den Lohn der Feuerhausarbeiter gezahlt. Man möge daher „versuchen“ und den vom Arbeiterausschuß beantragten Dienstwechsel einführen. Es wird der Stadt Danzig nur Nutzen bringen, wenn sie einmal etwas Kulturfortschritt mit macht. Her mit dem Achtstundentag für die Feuerhausarbeiter! Es geht nicht an, daß die Verwaltung den technischen Fortschritt benutzt, um den Arbeitern ihre Tätigkeit zu erschweren. Die Feuerhausarbeiter sind wahrlich schwer genug geplagt.

Die Arbeitslosigkeit

erschüttert mit ehernem Tritten die Schicksale vieler Arbeiterfamilien. Die kapitalistische Weltordnung, die ihre Nutznießer sogar göttlich vollkommen rühmen, bringt den Arbeitern mit der wieder einkehrenden Krise noch stärkeres Elend. Hunger und Entbehrung bedrohen jetzt auch die fleißigen Arbeiter, die bisher wenigstens noch das Auskommen hatten. Niemand kann bestreiten, daß die Arbeiter ganz ohne ihre Schuld vor die Massenexistenzlosigkeit gestellt sind. Unzählige Frauen und Kinder erwartet, ohne ihre Schuld, größeres Elend, die bittere Beißel des Hungers, denn ihr Ernährer hat auch in der guten Konjunktur nur soviel verdienen können, wie zur kümmerlichen Fristung des Lebens ausreichte. Was er mehr schaffte, floß als Profit in den Geldbeutel des kapitalistischen Ausbeuters. Das ist aber nach der christlich-kapitalistischen Moral kein Diebstahl, sondern nur der Entbehrungslohn für die Intelligenz des Unternehmers.

Hat der Arbeiter besten Falls einige Spargroschen erübrigt, so sind sie nur zu schnell verbraucht. Sehr trübe Aussichten stehen den Arbeitern Danzigs bevor. Im Baugewerbe herrschte schon, trotz der mindestens wöchentlichen Deklamationen des Herrn Ehm in der letzten Stadtverordnetenversammlung, erschreckende Arbeitslosigkeit. Die Maurer und Bauarbeiter hatten keine Arbeit und verdienten kein Brot, obwohl der Wohnungsmangel ebenso entsetzlich wie die Arbeitslosigkeit war! Der Widerstand der kapitalistischen Herrlichkeit kann sich nicht drastischer zeigen. Statt der normalen 3 Prozent standen im Oktober 1912 von den Wohnungen aus Küche mit einem Zimmer nur 1,9 Prozent, mit zwei Zimmern nur 1,5 Prozent und mit drei Zimmern nur 1,7 Prozent leer! Das ist Wohnungsnot allerersten Ranges. Trotzdem war jedoch für Maurer und andere Bauleute keine Arbeit. Man hat es uns häufig verargt, wenn wir die Klassenherrschaft im Rathaus kritisierten. Man wollte es nicht gelten lassen, wenn wir nachwiesen, daß im roten Hause nicht das Allgemeinwohl, sondern das Profitinteresse der Besitzenden gefördert wird. Gegenüber der Not der Bauhandwerker hätte man uns praktisch und glänzend widerlegen können. Läge der Kommunalverwaltung nicht der Schutz der Interessen der Hausbesitzer am Herzen, so hätte sie schon längst zur Behebung der skandalösen Wohnungsnot städtische Wohnhäuser bauen lassen und damit auch die Not der Bauarbeiter beheben müssen. Mit vollem Munde hat man die Grund- und Bodenpolitik des Oberbürgermeisters und die umfangreichen Eingemündungen gelobt. Beweis hat dadurch auch die Stadt die Möglichkeit erhalten, sozial nützlich für die Nichtbesitzenden zu wirken. Trotz der schönen Worte geschieht aber gar nichts für sie.

Die entsetzlich steigende Arbeitslosigkeit hat auch sonst widerstrebende Stadtverwaltungen für die Arbeitslosen-Versicherung günstiger gestimmt. In Danzig rührt sich auch in dieser Hinsicht nichts! Wenn die Sozialdemokratie sonst einen Antrag ins Rathaus schickte, so hörte man nicht selten die Antwort, daß die braven Stadthaupter schon längst in gleicher Weise tätig gewesen wären und daß es deshalb des Antrages gar nicht mehr bedürftig hätte. An der Wahrheit dieser Behauptung haben wir selbstverständlich niemals gezweifelt. Wir sind deshalb gerade davon überzeugt, daß man im Magistrat schon sehr ernst Maßnahmen zum Schutz der Arbeitslosen erwägt. Um nun nicht etwa zu spät mit einem Antrage zu kommen und dadurch das schon Vorrecht des Magistrats ungerecht zu beschränken, fordern wir hiermit Anskunft darüber, welche Maßnahmen der Magistrat zum Schutz der Arbeitslosen durchführen will?

Kommunale Koalitionsfreiheit.

Der Oberbürgermeister hat vor einiger Zeit in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung die Versicherung abgegeben, daß es in den städtischen Betrieben eine Besorgung oder Benachteiligung nach der Gesinnung oder Organisationszugehörigkeit nicht gebe. Die Stadt müsse als öffentliche Körperschaft alle Bürger als gleichberechtigt ansehen. Diese Worte sind einfach selbstverständlich. Sie tragen nur der Tatsache Rechnung, daß alle Bürger, ohne Unterschied der politischen Überzeugung, der Stadtgemeinde angehören und ihr Steuern zahlen müssen. Trotzdem war die Erklärung des Oberbürgermeisters durchaus nicht überflüssig. Praktisch steht es nämlich mit der Gleichberechtigung in den städtischen Betrieben noch heute nicht unbedeutend. Wir erinnern nur an die doch genügend beweiskräftige Tatsache, daß selbst der offiziell absolut unparteiliche Leiter des Versicherungsamtes, Stadtrat Looop, die Volkshilfe in amtlicher Eigenschaft als sozialdemokratisches Unternehmen bekämpfte! Das geschah sogar noch nach der Proklamierung der städtischen Neutralität durch den Oberbürgermeister.

Auch sonst geschehen noch immer Dinge, die es dem Oberbürgermeister nahe legen sollten, noch energischer auf die praktische Durchführung seines Willens zu dringen. Unlängst fand eine Versammlung des Personals des städtischen Krankenhauses statt. Es ist nicht erfindlich, welche Gesetzesübertretung dadurch begangen werden könnte. Die Ausübung der Koalitionsfreiheit ist doch sogar gesetzlich geschützt. Dazu ist doch auch ein Krankenhaus in einer liberal verwalteten Großstadt keine Stätte, in der Gespögenheiten ostentativer Rittersgüter Geltung haben. Trotzdem zeigten verschiedene Herren der Verwaltung lebhaftes Interesse für diejenigen, die die Einladungen zu der Versammlung verteilt haben sollten. Es soll sogar nach den Verbreitern der „sozialdemokratischen Zeitung“ gefordert und versichert sein, daß „man die doch noch herauskriegen werde!“

Es macht immer wieder einen höchst peinlichen Eindruck, wenn Beamte, die noch nie daran Anstoß nahmen, daß sie im Gehalt auch die Steuern sozialdemokratischer Bürger erhalten, sich zur besonderen Bekämpfung der Sozialdemokratie sogar in ihrem Amte für verpflichtet halten. Die Konsequenz davon wäre doch nur, daß man schließlich sogar die Aufnahme dieser Sozialdemokraten ins Krankenhaus ablehnen müßte. Tatsächlich handelt es sich aber in dem hier vorliegenden Falle gar nicht um eine politische, sondern um eine gewerkschaftliche Angelegenheit. Auf jeden Fall sind solche Nachforschungen der Ermittlung der Wahrheit in keiner Weise dienlich. Sie können nur dazu dienen, Angebereien zu veranlassen, und haltlose Verdächtigungen zu erzeugen. Damit kann aber auch der Verwaltung der Stadt nicht gedient sein. Sie sollte deshalb umgänglich dafür sorgen, daß das Personal über solche Belästigungen nicht mehr klagen darf.

Gerade bei der Besprechung von Vorgängen im städtischen Krankenhause haben wir schon früher versichert, daß auf solche Weise der erstrebte Zweck doch nicht erreicht werden wird. Wir können das heute nur wiederholen. Läßt man das — Ermitteln dieser Art auch weiterhin nicht, dann braucht man sich über ausführliche Personalwechsel gewiß nicht zu wundern. Uebrigens haben die Herren Liberalen sich besonders bei der letzten Landtagswahl als Schützer der Freiheits- und Menschenrechte herausgegeben. Mühsamerberg und seine Freunde haben denn auch über die Schwarzblauen gestöhnt. Es wäre doch allerhöchste Zeit, daß der Landtagsabgeordnete Ministerberg, der als Führer der freisinnigen Stadtverordneten sehr einflußreich ist, auch endlich dafür sorgt, daß die Menschen- und Arbeiterrechte städtischer Angestellter vor Benachteiligungen bewahrt bleiben.

Das Todesopfer eines Automobils wurde am Sonntag Nachmittag in der Weibengasse das vierjährige Töchterchen des Schneidermeisters Redel aus der Hirschgasse. Die Kleine lief an der Ecke Hübnergasse über den Fahrdamm, um die in der Mitte befindliche Allee zu erreichen. Sie war nur noch einen Schritt davon entfernt, als ein die Straße daherkommendes Automobil sie erfaßte. Eins der Räder ging dem kleinen Mädchen über einen Arm. Ein zweites traf den Hals und zerbrach die Wirbelsäule. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Eine Ueberwachung des Niederstadt-Baugeländes, auf dem gegenwärtig die Abbrucharbeiten der Wälle vor sich gehen, hatte der Magistrat zugestimmt. Zu spüren ist leider davon nichts mehr. Am vorgestrigen Sonntage sollten nachmittags zirka 40-50 Kinder zwischen und in den Lören umher. Größere Jungen schleppten die Lören das abschüssige Gleise der Feldbahn hinauf, kletterten dann in die Lören hinein und fuhren stolz zu Tal. In welche Gefahr sie sich dabei begaben und auch die unten spielenden Kinder brachten, kam ihnen nicht zu

Bewußtsein. Da die Behörde anscheinend nicht in der Lage ist, für den Sicherheitsdienst zu sorgen, wird der Arbeiterschaft schließlich nichts übrig bleiben, als die Sache selber in die Hand zu nehmen.

Die Freie Turnerstaffel veranstaltet am Sonnabend, den 18. September, in den Räumen des Café Bürgergarten, abends 8 Uhr, ein Rekruten-Abchiedskränzchen. Wir kommen der Bitte um Veröffentlichung gerne nach, wobei wir bemerken wollen, daß wohl nur gegen Vorverkaufstarten der Eintritt erfolgen wird, da schon ziemlich ausverkauft ist. Eintrittstarten sind zum Preise von 40 Pfennig bis Freitag abend zu haben in dem Zigarrengeschäft des Herrn Eugen Sellin, Schiffsdamen 56. Das Programm ist sehr reichhaltig und verspricht einen recht genussreichen Abend. Der Besuch der Veranstaltung ist allen Freunden der edlen Turntätigkeit warm zu empfehlen und wünschen wir den Turnern ein volles Haus. — Kein Mitglied darf in der nächsten Turnstunde fehlen. In den Turnstunden sowie bei Herrn Sellin werden Neuanmeldungen jederzeit entgegengenommen.

Mangelhafte Bedürfnisanstalt. Man kann dem Magistrat wirklich nicht den Vorwurf machen, daß er die den Kronprinzen beherbergende Vorstadt Langfuhr und was damit zusammenhängt, vernachlässigt. Eine Ausnahme macht indes doch eine Anstalt, deren Nützlichkeit diese steifmütterliche Behandlung am wenigsten rechtfertigt. Gleich am Anfang der Großen Allee steht rechts vom Ostwaer Tor eine Bedürfnisanstalt. Bei dem starken Verkehr wird sie sehr in Anspruch genommen. Abends macht das jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Es fehlt nämlich jede Beleuchtung. Niemals brennt dort eine Laterne. Infolge der andauernden Finsternis ist die Anstalt in besonderem Maße das Objekt von Unannehmlichkeiten. Wer hineintritt, weiß nie, wach Ungemach ihm bevorsteht. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß der Magistrat diesen höchst dunkeln Punkt gründlich erhellt.

Die regelmäßige Entrichtung der Beiträge

Ist eine Notwendigkeit, der sich keine Mitgliedschaft verschließen sollte. Durch die regelmäßige Entrichtung der Beiträge wird das Auffommen von Beitragsrückständen verhindert oder doch bedeutend eingeschränkt. Beitragsrückstände erzeugen Wankelmut, Verdrossenheit, Gleichgültigkeit; Gefühle, die der Organisation durchaus nicht dienlich sind. Wer sein Mitgliedsbuch in Ordnung hat, wird auch in allen anderen Angelegenheiten die Organisation fördern.

Betreibt Agitation, Benossen! Werbet neue Mitglieder!

Die Gastwirtsgehilfen unserer Stadt sind vor einiger Zeit an den Magistrat betreffs Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für das Gastwirtsgehandwerk herangetreten. Obwohl sich auch die Inhaber von 74 Betrieben für den geplanten Nachweis ausgesprochen haben, ist bisher von einem Vorgehen des Magistrats in dieser Richtung nichts zu merken gewesen. Wenn man sich erinnert, wie eifrig der Magistrat um die Errichtung des Stellenvermittlungsbureaus bei den Dienstboten besorgt war, nimmt diese Indolenz einigermaßen Wunder. Warum so zögernd?

Feuer brach in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag im Hause Böttcherstraße 3 in der Fußbodenfabrik aus. Nach einer Stunde Völligkeit hatte die Feuerwehr den Brand unterdrückt und rückte ab. Sie wurde aber bald darauf zum zweitenmal alarmiert, da das Feuer noch einmal ausloderte. Doch gelang es nun, in kurzer Zeit der Flammen endgültig Herr zu werden.

Verunglückter Buchdrucker. Seit dem Dienstag voriger Woche war der Schriftsetzer Dudalski verschwunden. Am Freitag fand man ihn in einem Graben am Legeplatzbahnhof ertrunken vor. Dudalski war verheiratet. Vier Kinder betrauern den Vater.

Leichensfund im Kieselgraben. Seit einigen Tagen war der Zeugfeldweber Kieppf von der Artilieriewerkstatt verschwunden. Der Vermisste ist nun als Leiche im Kieselgraben gefunden.

In Allschottland kam es am Sonnabend abend zu einer Prügelei. Einer der Beteiligten wurde durch einen Messerstich in den Kopf verletzt.

Mit seinem Rade stürzte der Arbeiter Papensfuß auf der Petershagener Promenade. Er zog sich die Verletzung eines Armes zu.

Ein Dirschauer Automobil fuhr am Sonntag mittag gegen das Petershagener Tor. Das Gefährt wurde schwer beschädigt, und eine darin sitzende Dame durch Glasplitter ziemlich bedeutend verletzt.

Eibing-Marienburg.

Ein katholischer Arbeiter,

der von sich behauptet, er lese die Volkswacht, sendet uns aus Eibing ein Schreiben, in dem er sich über unsere Angriffe auf die katholische Religion beklagt. Weiter kommt er darin auf das Gebiet der Sittlichkeit zu sprechen und schreibt hier:

„Wollte man die Sittlichkeit auf dem Parteitage in Jena untersuchen, sicher würden da dieselben sittlichen Zustände zu Tage treten, wie in Metz und wenn nicht, so, denn liegt es sicherlich bei den Socis an dem Geld, das sie nicht haben. Aber dieser vielleicht günstig auf die Sittlichkeit der Sozialdemokratie einwirkende Umstand, rechtfertigt nicht, andere zu brandmarken. Bei einer solchen Maße von Tausenden, gibt es solche auch solche, auch unter den Sozialdemokraten.“

Zum Schluß seines langen Briefes bedauert der Einsender, daß wir die Verständigung zwischen den katholischen und evangelischen Arbeitern erschweren. Er habe selber das Gefühl, daß der katholische Arbeiter in seinen Organisationen nicht gut geborgen sei und daß er in seinem eigenen Interesse Anschluß an unsere Organisationen suchen müßte. Aber unsere Heftartikel töteten diesen Wunsch.

Wir bedauern daß uns der leidige Raummangel zur Beschränkung auf die Inhaltsangabe nötigte. Wir hätten den Brief gerne ganz veröffentlicht, denn er zeigt, daß es auch im katholischen Lager denkende Leute gibt, die redlich die Wahrheit suchen. Aber weil dieses Denken nicht logisch geschult ist und weil es von falschen Voraussetzungen ausgeht, müssen die aus ihm gezogenen Schlüsse falsch sein. Auch dem Einsender geht es nicht anders. Wo in aller Welt haben wir jemals eine Religion angegriffen, sei es die katholische oder eine andere?

Obgleich wir von den Frommen zu den „Selben“ gerechnet werden, steht uns die Religion zu hoch, als daß wir sie in das Getriebe des politischen Kampfes zerren möchten. Aber gegen die Auswüchse der Religion, gegen Jektismus und Intoleranz, gegen Wucherertum und Bigotterie wenden wir uns! Wegen den Mißbrauch der Religion, wie ihn die Kirche zu politischen Zwecken treibt, machen wir Front! Wenn Rom dabei schlechter fährt, als die evangelische Kirche, dann aus dem Grunde, weil der organisierte Katholizismus noch immer das alte Bestreben hat, uneingeschränkt über die Seelen und die Leiber zu herrschen und die oberste Instanz in allen Dingen zu sein.

Genau der gleiche Fehler, den unser katholische Freund begeht, indem er Religion und Kirche für gleichbedeutende Dinge hält, unterläuft ihm auch in seinen Betrachtungen über die Sittlichkeit. Wir sind dessen sicher: In Jena würde man vergeblich nach den Liebedürftenden suchen, die in Metz das Vorbildgüßchen unsicher machten. Nicht, weil die Socis kein Geld haben, sondern weil sie vom Weibe höher denken und auch in der Zertretenen noch die Mutter ehren, halten sie sich von solchen Saturnalien à la Metz und Leipzig fern. Gewiß, das beste Programm kann einem Menschen nicht im Handumdrehen eine höhere Moral einflößen. Daß es „überall solche und solche“ gibt, dürfen wir ruhig zugeben. Auch unter den Millionen deutscher Sozialdemokraten könnte hier und da ein moralisch brüchiges Individuum vorhanden sein, genau so wie die große Mehrzahl der deutschen Katholiken zweifellos anständige Leute sind. Wenn wir die sittlichen Exzesse katholischer Leute niedriger hängen, geschieht es, weil gerade die offizielle katholische Kirche eine doppelte Moral treibt. Oder ist das nicht der Fall, wenn z. B. Hochwürden sich über nackte Wachsplüppchen entrüsten und am späten Abend zum Pfarrersköchin schleichen? Wenn dem Herrn Kaplan bei dem Anblick nackter Kinderarmen eine Gänsehaut überläuft und wenn er später durchs Wlooch ins Damenbad schleift? Solange Rom an dem unsinnigen Jölibat festhält, werden wir uns auch gegen seine Heuchelei in geschlechtlichen Dingen wenden.

Zum Vorwurf des „Hetzens“ haben wir nichts zu sagen. Wir bitten den Einsender da nur, das Westpreussische Volksblatt zu lesen. Wer heßt, wird ihm dann schon nach wenigen Tagen klar sein. Wir tragen den Vorwurf der „Heterie“ lächelnden Mundes, denn wir sind uns bewußt, daß die Interessen der katholischen Arbeiter zu vertreten, die von ihren Führern immer wieder mißbraucht und betrogen werden. Der Tag, wo die katholischen Proletarier das einsehen, wird gewiß einmal anbrechen. Mancherlei Zeichen deuten darauf hin. Vielleicht kämpft der Briefschreiber, der uns heute „Heterie“ nachsagt, einst Schulter an Schulter mit uns für ein besseres Los der arbeitenden Klasse. Aber gleich viel, ob er den Weg zu uns findet, oder ob ihn die Dunkelheit weiter behält; wir zürnen dem Manne nicht, denn seine Lehrer tragen die Schuld, daß er irrt.

Wie die deutschen Patrioten Kaisers Geburtstag feiern

schilbert die Eibinger Zeitung in ihrer Nummer vom 1. September in wunderbarer Weise. Wir können uns nicht verlagen, unsern Lesern eine kleine Probe zu bieten:

Sie sitzen an diesem Tage an langen Tischen und schlucken so, wie ich es dir im letzten Briefe beschrieb. Auch genießen sie viele Flüssigkeit in ihren Magen und trinken wie Menschen, welche einen weiten Weg im Sonnenbrand gegangen sind und Durst haben. Es gibt eines Mannes unwürdig, Flüssigkeit in einzelnen Schlucken zu nehmen und mit Spelchel zu vermenigen, und je mehr einer gleichmäßig und ohne zu unterbrechen hinuntergeschluckt, desto höher steht er in der Achtung der anderen.

Was sie trinken, ist Pombe, ein Rauschgetränk von verschiedener Farbe. (Wein, Sekt). Es ist nicht erlaubt, Saft zu trinken, der frei ist von Rauschgeist, ja, es ist Pflicht eines jeden, möglichst viel Rauschgift zu trinken, und wer an diesem Tage seines Verstandes mächtig bleibt, gilt als einer, der treulos dem König die Achtung verleiht, die ihm gebührt. So sehr wißverlehen sie ihren König, daß sie ihn, der Enthaltung vom Rauschgift fordert, durch Hineingießen ehren wollen.

Das Getränk ist so wichtig, daß an diesem Tage von nichts anderem gesprochen werden darf, als von der Art, Farbe, Menge, Wärme des Getränks, von der Art, wie man es hineingießt und wie man es wieder von sich gibt. Nur einmal darf vom König gesprochen werden, da steht der dickste Mann auf, nennt den Namen des Königs, und alle rufen: „Ra! Ra! Ra!“ Dabei stehen sie und halten ein Gefäß mit Pombe zwischen die beiden Brustwarzen, und wenn das letzte „Ra“ gerufen ist, gießen sie den ganzen Inhalt des Gefäßes in ihre Halsöffnung, atmen tief auf und setzen sich wieder hin.

Danach sind alle ruhig, bis die Gefäße wieder vollgeschenkt sind, und dann sprechen sie wieder von der Art, Farbe, Menge und Wärme des Getränks und wie man es hineingießt. . .

Der Häuptling des Festes ist kenntlich durch seine dicke Gestalt und durch viele Ziernarben, die er im Gesicht hat. Auf der Nase trägt er einen goldenen Draht mit zwei Glasflüchen, durch die er hindurchsehen muß. Der Schmuck der Ziernarben ist nicht jedem erlaubt, und gilt als ein Vorrecht solcher Männer, welche nicht arbeiten, sondern viel trinken und, wenn sie Rohheiten verüben, nicht bestraft werden.

Ein wenig weiter beschreibt der Verfasser des Artikels, der sehr hübsch unter der Maske eines auf einer Forschungsreise in Deutschland befindlichen Negers auftritt, auch den Zeitvertreib während des Festes. Und da lesen wir:

Besonders beliebt ist das folgende: Zwei Männer schreien sich gegenseitig an und sagen: „Komm mit mir hinaus“. Sie stehen dann auf, nehmen ihre Rauchrollen mit und kommen nach einiger Zeit mit geröteten Gesichtern wieder herein.

Während sie hinausgehen und herein kommen, sind alle anderen still: Diese Sitte heißt das Abtrittspiel, und der Raum, in dem es gespielt wird, heißt der Raum der Ehre.

Das Spiel selbst ist so: Einer sagt zum anderen: „Du hast mich angelesen.“ Darauf sagt der andere: „Du Schwein.“

„Du nehmen sie die Rauchrollen in die linke Hand und hauen sich gegenseitig mit der rechten Hand ins Gesicht.“

Danach stecken sie die Rauchrollen wieder in den Mund, greifen in eine Kleiderjacke und geben sich gegenseitig ein kleines Stück weiße Pappe. Damit ist das Spiel beendet, und sie gehen wieder hinein, um Getränke hineinzugießen. . .

Da es unter den Wajungu viele gibt, die nicht mit den Händen arbeiten und nie eine Frucht essen, um die sie die gültige Erde selbst haben, kommt es, daß in jedem Hause, in dem viele Wajungu zusammenkommen, ein besonderer Raum der Ehre vorhanden ist. Dieser Raum dient allen den Unglücklichen, die nicht mit sich zufrieden sein dürfen, dazu, ihre „Ehre“ wieder gut zu machen. Der Raum ist mit Steinplatten verkleidet, spiegelnde Glascheiben hängen an den Wänden, darunter fließt Wasser durch schöne Becken. Damit es aber nie an Zeugen fehlt, die an dem Hauen der Ehre nicht teilhaben, dient der Raum noch zu anderen Zwecken, die ich dir nicht schildern kann. Das ist also der Raum, in dem das Spiel gespielt wird, welches das Abtrittspiel heißt.

Wohl dem, dem Selbsterkenntnis beschieden ward! Wir haben noch keine Kaiser-Geburtstagsfeier mitgemacht und darum müssen wir auch der Eibinger Zeitung glauben, wenn die uns das Ende des Festes wie folgt beschreibt:

Danach beginnt das Auspeien der hineingegossenen Flüssigkeiten. Dazu ist in dem Raum der Ehre ein besonderer, prächtig aus-

* Den Deutschen soll das heißen. Red.

gehaltener und gehöhrter Operstein, an den die Spielenden einzeln hinantreten. Sie halten sich, während sie ausspielen, an Handgriffen, die über dem Stein befestigt sind.

Damit hat die Feiler ihren Höhepunkt erreicht. Jetzt sagt jeder von einem andern, der habe jetzt hineingeworfen und habe deshalb seinen Bestand mehr, als es üblich sei, verhört, er selber aber habe es gerade richtig gemacht, denn er wisse, wann er genug habe. So entsteht wieder ein sehr lautes Gespräch, und einige sprechen auch über die Abfertigung der Frauen und der Pferde.

Der Häuptling aber leidet das Feste noch immer. Sein Kopf wird gehöhrt, weil er mit dem abgehörten Bel eines Stuhles auf den Tisch schlägt. Durch den Hauch kann niemand hindurchsehen. Das ist das Ende des Festes. Jetzt kommen Diener und tragen die, welche sich vor Freude tot fielen, in Wagen hinein, mit denen sie in ihre Hütten gebracht werden.

Es wird viele Leute geben, die sich das höchste Fest der Patrioten anders vorgestellt haben.

Ein Mann, der wirklich und wahrhaftig Geld jagt. Aus Marienburg wird ein schlagendes Wortkammerl berichtet. Dort waren bei dem Bau der Trainspahn Ladebahnen herzustellen. Neben Marienburgern beteiligten sich auch Elbinger Schlossermeister an der Submmission. Einer von diesen wollte die Arbeit für 884 Mark übernehmen. Dabei braucht er aber für 600 Mark Eisen. Der Mann ist also so sehr Patriot, daß er ganz umsonst arbeiten und noch 16 Mark bares Geld dazu drauflegen will. Mehr kann wirklich niemand verlangen.

In dem Elbingsfluß stürzte sich ein fünfzehnjähriges Kaufmädchen vom Großen Wunderberg. Es gelang jedoch, die Lebensnude zu retten.

Die Kleinbahn überfuhr bei Warnau einen Bullen im Werte von 1000 Mark. Das Tier wurde getötet.

Auf die Schneide einer Sense trat in Sandhof bei Marienburg das vierjährige Söhnchen des Bahnarbeiters Kluskinski. Dem Kleinen wurde die Fußsohle vollständig durchschnitten.

Stuhm-Marienwerder.

Für bürgerliche Vereine haben die bürgerlichen Stadtverordneten immer Geld. In Marienwerder bewilligten die Stadtväter als Beihilfe zum Herbst-Gautage dem Radfahrerverein 150 Mark.

Unter die Pferde seines Fuhrwerks geriet bei dem Transport eines Dreifaktens in Marceje der Arbeiter Augustinowski. Er wurde überfahren und erlitt lebensgefährliche Verletzungen, die ein Aufkommen unwahrscheinlich machen.

Der Blüh schlug auf dem Rittergut Monken in eine Scheune und überdeckte sie ein. Das Feuer sprang auf die andern Wirtschaftsgebäude über und auch diese wurden ein Raub des gestrigen Elements.

Fünf Jahre begraben war der Möstereibesitzer Gerber in Nachschhof. Die Leiche ist nun auf Wunsch seiner Frau ausgegraben und zur Einäscherung nach Hamburg transportiert worden. Die Frau verläßt Deutschland und will die Asche ihres Mannes in das neue Heim mit hinüber nehmen.

Graudenz-Strasburg.

Das elektrische Fugelgäst hat wieder einmal das Leben von zwei Menschen in arge Bedrängnis gebracht. Bei dem Graudenz-Kasernebau in Kunterheing wurde nach Feierabend das Gleis einer Feldbahn verlegt. Der Maurer Kaminski aus Klein-Larpen kam in angetrunkenem Zustande des Weges. Er schimpfte auf den die Arbeit leitenden Schwachtmeister Humila und schlug ihm mit einem Hammer den Schädel ein. Humila liegt schwer krank im Lazarett. Kaminski wurde verhaftet.

Aus dem Krankenhaus entlassen wurde die Fleischerfrau aus Graudenz, die dort in der Bergstraße von ihrem früheren Bräutigam niedergeschossen wurde. Die Verletzungen sind also leichter gewesen, als es erst hieß.

Thorn-Kulm-Briesen.

Pflanzergötung. In einem Hause der Kulmer Chauffee in Thorn erkrankten nach dem Genuß verdorbener Schwämme der Arbeiter Kobacki und die Witwe Pinkowski in lebensgefährlicher Weise. Beide mußten ins städtische Krankenhaus überführt werden.

Für 100 000 Mark Land hat der Fiskus von der Stadt Thorn gekauft, um Kasernen darauf zu bauen. So steht preußische „Kultur“ aus.

Dt.-Krone.

Die Wahl des Ausschusses der Ortskrankenkasse für den Kreis Deutsch-Krone findet am 30. September statt. Die Stadt Jastrow bildet einen eigenen Wahlbezirk. Hier sind fünf Unternehmer- und zehn Arbeitervertreter auf die Dauer von vier Jahren zu wählen. Außerdem haben die Arbeiter zwanzig und die Unternehmer zehn Ersatzmänner zu stellen.

Verstorbener. Am 1. September hat sich in dem Dorfe Bricelewo bei Jastrow die Lehrerin Hogge nachlässigerweise aus ihrer Wohnung entfernt. Von ihrem Verbleib fehlt bisher jede Spur. Man vermutet, daß sich die Vermisste in einem Unfall geistiger Störung in die Forsten gestürzt hat und dort verunglückt ist.

Aus der Partei.

Mit der Tagesordnung des bevorstehenden Parteitages hat der Parteilauschuß sich in seiner Sitzung vom 4. September beschäftigt. Es wurde beschlossen, die Frage der Arbeitslosen für soz. noch auf die Tagesordnung zu setzen und zwar als vierten Verhandlungsgegenstand. Das Referat hat der Genosse Johannes Timm-München übernommen. Wegen der Behandlung der Massenstreikfrage, die sehr eingehend besprochen worden ist, sind Parteivorstand und Parteiauschuß dahin übereingekommen, in Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände folgendes Verfahren zu empfehlen: die Frage des Massenstreiks soll im Geschäftsr. ericht des Parteivorstandes von dem ersten Referenten behandelt werden. Die Debatte über dieses Kapitel des Referats soll dann, getrennt von dem eigentlichen Geschäftsbericht, besonders geführt werden.

Strafkonto der Parteipresse. Zu 150 Mark Geldstrafe wurde Genosse E. Müller von der „Volkszeitung in Düsseldorf“ verurteilt, weil unter seiner Verantwortung am 23. Dezember 1912 ein Artikel: „Einer fremden Mutter Schicksal, erschien, durch den sich der Gutsbesitzer und Amtsvorsteher Klaus in Pilsnitz bei Breslau beleidigt fühlte. Der Amtsanwalt hatte 200 Mk. beantragt. Wegen des gleichen Artikels sind schon mehrere Redakteure von Parteiblättern mit Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten bedacht worden.

Verfälschte Aktion. Am vorigen Montag wurde in Köslin bei dem Genossen Prüfer eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen und die Kassenbücher sowie die Korrespondenz des

Wahlvereins Köslin-Kolberg-Publitz beschlagnahmt. Die Aktion ist nur darauf zurückzuführen, daß die Staatsanwaltschaft Material herbeischaffen will, um den Genossen Ostwald, Leiter der Abteilung Kolberg des Kreisvereins, wegen Hebertretung des Vereinsgesetzes - er soll die Mitgliedsliste des Vorstandes der Polizei eintreiben - zu belangen. Die behördlichen Bemühungen dürften vergeblich sein.

Gemeindeforschlag. In dem bei Mainz gelegenen Orte Weifenau wurden bei den Gemeinderatswahlen die Genossen Mich. Werner und Georg Lemb gewählt.

Berichtliches.

Drei Jahre Gefängnis für einen Schuldirektor.

In Leipzig fand die Verhandlung gegen den Schuldirektor Wolter wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 174 statt. In der Verhandlung, die zum größten Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, kam der eigenartige Lebenslauf dieses Flachsmanns zum Vorschein. Wolter wollte ursprünglich Lehrer werden, wurde aber wegen Hochstapeleien aus dem Seminar gejagt. Er verübte dann mehrfache Schwindelthaten, Urkundenfälschungen und wurde wiederholt bestraft. Schließlich suchte er in der Schreibstube für innere Mission unter. Nachdem er sich im Laufe der Zeit durch allerhand neue Betrügereien so viel Geld verschafft hatte, um sich eine Privatschule kaufen zu können, wurde er Schuldirektor. Hier verging er sich an seinen Schülern. Er wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Humor und Satire.

Sein Standpunkt. Ein Hausbesitzer, der eine große Reise zur Erholung unternommen hat, kommt auch nach Ägypten und besucht die Pyramiden. Lange steht er staunend und bewundernd vor dem gewaltigen Bauwerk, und dann entringen sich ihm die Worte: „Unerhört, was für eine Menge Mauerwerk, das keinen Pfennig Miete bringt.“

Unverträglich. „Wie, Sie haben Ihre Verlobung aufgehoben?“ „Ja.“ „Was hatten Sie denn aber für einen Grund?“ „Ach, er ist zu eingebildet. Ich konnte ihn einfach nicht mehr ertragen.“ „Ich hörte ihn doch aber niemals prahlen. Wie kommen Sie darauf, daß er eingebildet ist?“ „Die ganze Zeit über, die wir verlobt waren, hat er mir nicht ein einziges Mal gesagt, daß er meiner nicht wert wäre.“

Quittung.

Für den Pressedruck gingen bei uns ...

Keine Ladenmiete, daher die billigen Preise!



Nur modernste Damen-Konfektion zu billigsten Gelegenheits-Preisen.

Josef Spitzer

Danzig Langgasse 2 (Kein Laden)

1. Etage.

1. Etage.



Hüte, Mützen, Stöcke Krawatten, Wäsche in reicher Auswahl zu bekannt sehr billigen Preisen Huthaus London nur 11. Damm 10.

Anfertigung sämtlicher Schuhwaren

sowie Reparaturen aller Art sauber, schnell und billig O. Nikoleit, Paradiesgasse Nr. 32.

Friseur Karl Barth Paradiesgasse 4.

Friseur Bernh. Kirchner Paradiesg. 6-7.

Schokolade in allen Preislagen. Schidlitzki, Paradiesgasse 32.

Günstige Gelegenheit bietet sich für einen Invaliden durch den Verkauf eingeführter Artikel. Schlösser, Klempner bevorzugt. Off. 106 an d. Exp. d. Volkswacht.

Zu Verluftpreisen

bringen wir einen größeren Posten englisch genähter Herren-, Knaben- und Burschen-Anzüge sowie Plau und Mantel, moderne zweifelhafte Formen.

Ueber die billigen Preise werden Sie erstaunt sein.

Martin Neumann's Adresse: Czerninski & Co., Danzig

Breitgasse 121-122 Nur solange der Vorrat reicht. Beachten Sie unsere Schaufenster.



Wechsel-Königin Seife ist garantiert rein, schon daher die Wäsche und bleicht dieselbe infolge des Gehaltes an bestem Terpentinöl. Überall erhältlich. J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

Holz, Kohlen, Briketts

liefert zu Tagespreisen frei Haus und ab Lager Paul Larm Bartholomäikirchengasse Nr. 13.

2 Zimm., gr. Kch., Bod. u. Bodhm., Kell., Gas, Drs. 384 Mk. Oktb. zu verm. Langgarten 51, 1 links.

2 Stuben, Entr., Küche, Kell. und Boden vom 1. Oktober zu vermiet. Gr. Schmalzengasse Nr. 31, 2. Et. Jährl. Mietpreis 300 Mk.

2 Zimmerwohnung, Gas u. Zubeh., Preis 28 Mk., zu verm. Thornscher Weg 16, 1. Mittelmann.

Stube und Küche für 17 Mk. zu vermieten Döhlgasse 5.

Wohnung für 14, 15, 17, 20 Mk., all hell, zu verm. Näh. Häker, 14, 2.

2-Zimmer-Wohnung, Preis 26 Mk. zu vermieten Pfisterhdt 6.

Wohnung, Stube, Kabinett, Entree, Küche usw. für 22 Mk. zu erfrag. Breitgasse 126 im Laden.

2-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Preis 26 Mk. Kell. Geitgasse 36.

Wohnung (Halbe Wöde), zu verm. Krähenberg 9.

Wohnung, 2 Stuben, 1. Oktb. zu vermieten Laternengasse 2, 2 Tr.

Wohnung, 2 Stuben, Küche, Zubeh., für 28 Mk. Rammbau 55, 2 Tr.

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Preis 10 Mk. Jungferngasse 3, g. 1 r.

Schiffkelle reparat., zu vermieten Töpfergasse 17, 1.

Bekanntmachung.

Die Klempnerarbeiten für die Gebäude der Feuerbestattungsanlage zu Danzig sollen öffentlich vergeben werden.

Die Bedingungen liegen im Rathaus Zimmer Nr. 32 zur Einsicht aus, können auch von dort gegen Erhaltung der Schreibgebühr bezogen werden.

Angehore sind unter Anerkennung der Bedingungen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 15. September d. Js., vormittags 10 Uhr im Hochbauamt des Rathauses, Zimmer Nr. 28 einzureichen.

Danzig, den 8. September 1913.

Der Magistrat.

Wohnung, Stube, Kabinett, helle Küche und Zubeh. für 17 Mk. zu vermieten. Näheres Häker, g. 14, 2 Tr.

Wohnungen von 9-12 und 22 Mk. zu vermieten. Langgarten Nr. 9.

Bordervohnung zu vermieten. Preis 20 Mk. Hühnergasse 14.

Wohnungen 19 und 23 Mk. zu vermieten Poggenpuhl 66.

Wintergarten

Direktion Julius Hütt. „Dienstmann Nr. 48“ „Die fremde Dame“ die beiden letzten „Weinreiss-Schlager“ Vorher die neuen Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.

Wieder eingetroffen: Der Wahre Jacob Enthält unter anderem: Die Toten-Ehrung zu Danzig.

Im 1. Teil zeigt das Bild die feierliche Beisetzung der Freiheitskämpfer im Jahre 1813, darunter im Jubiläumsjahr 1913 einen schwunghaften Handel mit Menschenmochen. Zu beziehen durch Buchhandlung Volkswacht Danzig, Paradiesgasse 32. Wohnung an anst. Leute zu verm. Preis 16 Mark Poggenpuhl 50, 3.

2-Zimmer-Wohnung von anständigen Leuten zu mieten gef. Off. unter T. 10) an die Exp. der Volkswacht. Frdl. 2-Zimmer-Wohnungen Gartenhaus, 20 und 23 Mark zu verm. Langgarten 16, 1. Et.

Sucht zum Abmontieren. Verdienst 5 Mark per Tag und mehr. Weld. Baumgartweggasse 32-33, rechter Flügel, 2 Treppen. Möbliertes Zimmer zu vermieten Paradiesgasse 2. Möbliertes Zimmer zu vermieten 2. Damm Nr. 17. Besseres Logis für anständigen Handwerker zu verm. Hundeg. 50, 2. Gut erhält. Kinderwagen, auf Gummi, preiswert zu verkaufen. Am Stein Nr. 15, 3 Tr., links. Der vergeßliche Chemamm. Sie: Mäme, hast Du mir „Das kleine Receptbuch“ bestellt? Er: Donnerweiter, das habe ich ganz vergessen! Sie: Ach, Du liebst mich nicht mehr, wie kannst Du nur das Wichtigste vergessen! „Das kleine Receptbuch“ bewährt sich vorzüglich im Haushalt. Es enthält 400 praktische Ratsschlüsse, Hausmittel und sonstige Rezepte. Der Preis von 95 Pfg. steht in keinem Verhältnis zu dem überaus reichen Inhalt. Bestellen Sie sofort! Bei Voreinsendung des Betrages portofreie Zusendung. Nur zu haben bei Marie Petersen, Stensburg, Postfach 9